

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

Europaausschuss

B ü r g e r a n h ö r u n g **zur Zukunft Europas**

am Freitag, dem 6. Juli 2007, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Tagesordnung:	Seite
Begrüßung	
- Landtagspräsident Martin Kayenburg	4
Europa-Sketch	
- aufgeführt von Schülerinnen und Schülern der Hebbelschule Kiel	
Die Zukunft Europas mitgestalten - für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger	
- Valerio Bonvini, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin	7
Ergebnisse der Fragebogenaktion der Europa-Union	
- Jens Ruge, Vorsitzender der Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e. V.	10, 14
- Susan Baumgart, Junge Europäische Föderalisten	11
Bürgeranhörung	
- Diskussionsbeiträge aus dem Plenum	15
Replik der europapolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen auf die Ergebnisse der Fragebogenaktion und die Statements der Anzuhörenden	
- Hartmut Hamerich (CDU)	20, 31
- Rolf Fischer (SPD)	21, 30
- Dr. Ekkehard Klug (FDP)	24, 28
- Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 28
- Anke Spoorendonk (SSW)	22, 29
Moderation: Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses	
Schlusswort	
- Niclas Herbst, stellv. Vorsitzender des Europaausschusses	33

Beginn: 14:00 Uhr**Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages:**

Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe europainteressierte Teilnehmer! Ich eröffne unsere Bürgeranhörung zur Zukunft Europas hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich bin Astrid Höfs, die Vorsitzende des Europaausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag und ich werde Sie heute Nachmittag durch das Programm begleiten.

Europa und die europapolitischen Diskussionen sind in den letzten Wochen und Monaten ganz verstärkt im Mittelpunkt der Diskussion gewesen. Ich denke, das ist auch gut so, schließlich werden wir vermehrt, mehr und mehr von Europa bestimmt. Ich glaube, dass uns Europa näher gekommen ist, liegt auch daran, dass die EU-Ratspräsidentschaft zuletzt in deutscher Hand lag, die Römischen Verträge durch die Feierlichkeiten zu ihrem Geburtstag hervorgehoben und in den letzten Monaten viele Diskussionen zur Verfassung geführt worden sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat natürlich auch über die Zukunft Europas diskutiert. Im letzten Jahr haben wir auf der Grundlage eines SSW-Antrages darüber diskutiert und entschieden, eine Bürgeranhörung durchzuführen. Wir haben dann in gemeinsamen vorbereitenden Sitzungen mit den Sprechern der Landtagsfraktionen die Anhörung für heute vorbereitet, haben uns auch zu einer Umfrage entschieden, die im Vorwege gelaufen ist. Einige von Ihnen haben sich daran sicherlich beteiligt. Fast 800 Teilnehmer an der Befragung haben ihren Fragebogen zurückgegeben. Das ist ein sehr guter Rücklauf. Darüber werden wir sicherlich noch etwas mehr hören.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß, ein reges Interesse und viele neue Erkenntnisse!

Als Erstes gebe ich jetzt unserem Landtagspräsidenten, Herrn Martin Kayenburg, das Wort zur Begrüßung.

(Beifall)

Landtagspräsident Martin Kayenburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrter Herr Ruge, sehr geehrter Herr Generalmajor Keerl, Herr Kreispräsident Klimant, Herr Präsident der FUEV, lieber Hans Hansen! Meine sehr geehrten

Damen und Herren, vor allem liebe Gäste! Ich freue mich, dass Sie heute in so großer Zahl ins Landeshaus gekommen sind, um mit uns über die Zukunft Europas zu diskutieren. Das zurückliegende halbe Jahr war für die Bundesrepublik Deutschland sowohl historisch als auch politisch von herausragender Bedeutung. Am 25. März 2007 haben wir den 50. Jahrestag der römischen Verträge gefeiert und vor wenigen Tagen ist die halbjährige deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu Ende gegangen. Es gibt also viele gute Gründe, mit dem Erreichten einigermaßen zufrieden zu sein. Wir haben aber auch viele Gründe, kritische Fragen zu stellen. Vor allem aber haben wir gute Gründe - deswegen sind Sie auch alle hier -, uns einzubringen, uns zu Wort zu melden, um den gesellschaftspolitischen Wandel im Europa des 21. Jahrhunderts aktiv mit zu gestalten.

Der Rückblick auf die vergangenen 50 Jahre offenbart uns eine Erfolgsgeschichte. Am 25. März 1957 wurde die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG, gegründet. Daraus ist heute die Europäische Union mit immerhin 27 Mitgliedstaaten geworden. Nach den leidvollen Erfahrungen von Krieg, Vertreibung und Elend eint die Europäische Union heute den größten Teil des europäischen Kontinents in Frieden und Freiheit. Sie trägt zu Wohlstand und Stabilität auf einem in der Geschichte bisher jedenfalls nicht gekannten Niveau bei. Der nach einheitlichen Regeln funktionierende Binnenmarkt für über 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger und der Euro als gemeinsame Währung sind Errungenschaften, die diese Entwicklung in besonderer Weise markieren und in das tägliche Leben eines jeden Einzelnen hineinwirken.

Doch die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die EU ist auf dem Weg zu einer politischen Gemeinschaft. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das Recht auf Leben und das Verbot der Todesstrafe, das Recht auf Unversehrtheit und das Verbot der Folter, die Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit beweisen dies, auch wenn es nicht gelungen ist, den Gottesbezug in den gescheiterten Entwurf eines Verfassungsvertrages aufzunehmen.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge gibt es aber auch verbreitet Kritik. Das ist nichts Ungewöhnliches und das ist vor allem keine europapolitische Besonderheit. „Weniger Bürokratie“, „nicht nur reden, sondern auch handeln“, „weniger In-

szenierung bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs“- so lauten die zum Teil kritischen Anmerkungen, die uns im Rahmen der Fragebogenaktion der Europa-Union erreicht haben.

Das ist sicher nicht falsch, aber wir müssen diese Kritik auch an dem bisher Erreichten spiegeln. Der eigentliche Maßstab für den Erfolg sind Frieden, Freiheit und zum großen Teil auch Wohlstand. Der Vision des europäischen Gedankens werden wir aber nur gerecht, wenn wir seiner ursprünglichen historischen Perspektive gerecht werden, wenn wir sie im Blick behalten, damit wir die Zukunft Europas nicht aus den Augen verlieren.

„Der Weg nach Europa ist unumkehrbar!“ - Auch das ist eine von vielen Stimmen, die uns zu Gehör gebracht worden ist. Dieser Weg ist natürlich nicht ohne Schwierigkeiten, wie sich gerade erst wieder gezeigt hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies Ende Juni 2007 auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten deutlich erfahren. Zum Glück sind weder sie noch die EU aus dem Tritt geraten. Die 27 Staats- und Regierungschefs haben trotz aller Probleme mit dem EU-Reformvertrag die institutionelle Grundlage für eine stärkere Gemeinschaft gelegt. Die Gemeinschaft kann im Kampf gegen Terroristen effektiver handeln, sie kann ihre ehrgeizigen Klima- und Energieziele anpacken und sie kann auf die Herausforderungen der Globalisierung angemessener reagieren. Eine bessere Politik bedeutet das allein aber noch lange nicht. Dafür ist der politische Wille in der Gemeinschaft entscheidend.

Besonderes Aufsehen hat - wie Sie alle wissen - Polens Alleingang bei der Ablehnung der Stimmverteilung im Ministerrat erregt. Der polnische Premier Kaczynski forderte, dass Deutschland Macht in der EU abgeben und Polen gestärkt werden müsse - so Kaczynski. Offensichtlich sollten hier antideutsche Gefühle für innenpolitische Maßnahmen instrumentalisiert werden. Damit schickte sich die polnische Führung an, die über 50 Jahre lang gewachsene Friedensordnung in Europa infrage zu stellen.

Die EU wurde jedoch vor allem aus einer Motivation heraus gegründet: Sie sollte die Gräben des Zweiten Weltkriegs überwinden. Sie sollte dafür sorgen, dass ein friedliches Nebeneinander möglich wird, indem aus früheren Feinden Partner und Freunde werden. Und sie sollten im Grunde dazu beitragen, dass aus dem Gegeneinander ein Miteinander werden kann. Das ist das eigentliche Ziel Europas.

Der polnischen Führung muss klar gesagt werden: In der Europäischen Union sind solche nationalistisch motivierten Argumente fehl am Platz. Wir glauben im Übrigen auch zu wissen, dass dies nicht die Stimmung in Polen im Allgemeinen wiedergibt, sondern dass das politische Warschau sich hier anders artikuliert als die Stimmung der polnischen Bevölkerung insgesamt ist. Das spüren wir insbesondere, wenn wir mit unseren Partnern aus Danzig und Stettin im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen sind und das spüren die Vertreter der Europa-Union bei den Besuchen und Gegenbesuchen in Ermland-Masuren.

Der Machtpoker auf dem Gipfel hat allerdings auch eines deutlich gemacht: Die Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten hat die EU wirtschaftlich gestärkt, aber gleichzeitig die derzeitigen Grenzen der politischen Integration Europas aufgezeigt. Da die erforderlichen Vertragsänderungen nicht rechtzeitig vor der Aufnahme der zwölf neuen Länder geschaffen wurden, wird es jetzt umso schwieriger werden, zu einer Einigung zu kommen. Die Europa-Union hat wiederholt und zuletzt in ihrem „Schwarzenbeker Appell“ nachdrücklich gefordert, dass eine Erweiterung der EU mit einer Vertiefung einhergehen müsse. Diese Position hat sich im Nachhinein auch als richtig erwiesen.

Der Machtpoker im Europäischen Rat ist sicher eines von vielen Themen, die die Bürgerinnen und Bürger irritiert beobachtet haben. Das Interesse gilt aber andererseits auch - so jedenfalls der Rücklauf der Fragebogenaktion - der Jugend- und Bildungspolitik, den Grenzen Europas sowie der Energie- und Klimapolitik.

Junge Europäer zwischen 15 und 25 Jahren sind mit circa 75 Millionen Menschen ein großes gesellschaftliches Potenzial in der EU. Sie sind es, die im Europa von morgen leben werden und es gestalten sollen. Die offenen Grenzen in Europa werden mittlerweile von den Jugendlichen fast als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Schüleraustauschprogramme, vermehrter Fremdsprachenunterricht, die Angleichung von Studienabschlüssen und eine steigende Zahl von Auslandssemestern sind Anzeichen dafür, dass europäisches Lernen und interkulturelles Verständnis für die Zukunft Europas immer wichtiger werden.

Ich freue mich deswegen ganz besonders, dass Herr Valerio Bonvini, der Beauftragte für Jugend und Schule an der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, anschließend mit unseren Gästen über die Zukunft Europas diskutieren wird. Ein ganz herzliches Willkommen sage ich

Ihnen, sehr geehrter Herr Bonvini! Es ist ein ganz wichtiges Feld, das Sie bearbeiten, und wir sind ganz gespannt auf Ihre Beiträge.

(Beifall)

Nur wer andere Sprachen lernt, wird auch die dazugehörige Kultur verstehen. Sprachkompetenz führt zu sozialer Kompetenz. Wer sich mit seinem Gegenüber direkt verständigen kann zeigt, dass er nicht nur Interesse an einem Informationsaustausch hat, sondern auch an der Persönlichkeit des Gesprächspartners. Dass es natürlich bisweilen nicht ohne Missverständnis vonstatten geht, mag eine wahre Geschichte eines namhaften Landespolitikers in einem polnischen Hotel beweisen: Dieser Landespolitiker wollte gern den Abend bei einem Glas Wein ausklingen lassen. Bei der Bestellung bediente er sich der englischen Sprache als der Verkehrssprache des Ostseeraumes. Da der Wein nicht lieblich, sondern trocken sein sollte, bat er höflich und korrekt um „dry wine“. Der Kellner - gleichfalls weltoffen und sprachgewandt - erkannte, dass es sich bei dem Hotelgast um einen Deutschen handelte und servierte prompt drei Gläser Wein. Unser Politiker - ich lüfte das Geheimnis ein wenig und verrate, dass es einer meiner Amtsvorgänger gewesen ist - zeigte sich - wie nicht anders zu erwarten - den Herausforderungen seines Amtes gewachsen und trank tapfer alle drei Gläser Wein aus.

(Heiterkeit)

Wenn ich Ihren Namen, Herr Bonvini ins Deutsche zu übersetzen versuchen - ich weiß nicht, ob der Wortstamm so richtig ist -, meine ich, dass es sich um einen guten Wein gehandelt haben muss. Auf jeden Fall dürften Sie bestätigen, dass hier interkulturelle Flexibilität mitgespielt hat.

Aus solchen und ähnlichen Begebenheiten haben die Schülerinnen und Schüler der Hebbelschule Kiel einen Sketch über die Vielsprachigkeit in Europa gemacht, auf den wir uns jetzt im weiteren Verlauf der Veranstaltung freuen dürfen. Ihnen dafür im Voraus ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Mein Dank gilt aber auch der Europa-Union für die Durchführung und Auswertung der Fragebogenaktion zur Zukunft der Europäischen Union. Ohne das ständige Engagement der vielen ehrenamtlichen und der wenigen hauptamtlichen Helfer der Europa-Union wären die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein nicht annähernd so gut über die europäischen Themen informiert.

Die Europa-Union ist eine überparteiliche Lobby für unser Europa. Hier finden sich überzeugte Europäer und solche, die es werden wollen. Der Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Herr Jens Ruge, wird uns nachher die Ergebnisse der Fragebogenaktion vorstellen, auf die wir schon sehr gespannt sind. - Ich bekomme gerade signalisiert, dass ihn dabei Frau Baumgart unterstützen wird.

Als Vertreterinnen und Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden sich - neben weiteren Abgeordneten; ich möchte an dieser Stelle dankbar feststellen, dass ich selten so viele Abgeordnete in einer Veranstaltung gesehen haben, vor allen Dingen nicht an einem Freitagnachmittag - die europapolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Hartmut Hamerich für die CDU, Rolf Fischer für die SPD, Dr. Ekkehard Klug - den ich noch nicht gesehen haben - für die FDP, Detlef Matthiessen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anke Spoorendonk für den SSW den Fragen unserer Gäste stellen und sicherlich das eine oder andere ihrer Anliegen in die Beratung des Europaausschusses mitnehmen. Niclas Herbst wird als stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses dann das Ergebnis der Veranstaltung im Anschluss kurz zusammenfassen. Die Vorsitzende des Europaausschusses - liebe Frau Höfs, Sie haben das schon erwähnt - wird durch die Veranstaltung führen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, die heutige Veranstaltung geht auf eine Initiative unseres Europaausschusses unter der Vorsitzenden Frau Höfs und der Europa-Union zurück. Sie ist so gedacht und angelegt, dass wir gewissermaßen den regionalen Schlusspunkt unter die deutsche EU-Ratspräsidentschaft setzen. Deshalb sollten wir auf Landesebene auch die Ergebnisse des jüngsten Brüsseler Gipfels mit in unsere Aussprache einbeziehen.

Ich wünsche uns also allen hier einen anregenden und interessanten Nachmittag. Jetzt freuen wir uns ganz besonders auf den Sketch.

(Beifall)

Europa-Sketch

ausgeführt von Schülerinnen und Schülern der Hebbelschule Kiel.

Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Vielen herzlichen Dank für diesen charmanten Beitrag!

(Beifall)

Ich denke, dass das ein sehr guter Einstieg war und dass es viel Spaß machen wird, so weiter miteinander zu diskutieren.

Wir hören jetzt Herrn Bonvini über die Zukunft Europas.

(Beifall)

Valerio Bonvini, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin: Hoffentlich werden Sie alles verstehen! Deutsch war schon immer meine Lieblingssprache, ist aber nicht meine Muttersprache.

Vielen Dank für die Einladung. Es ist für mich besonders erfrischend, hier zu sein. Nach zehn Jahren Arbeit bei der Europäischen Kommission in Brüssel ist die Diskussion manchmal etwas theoretisch. Hier wird über Europa konkret diskutiert und auch wenn es kritische Stimmen gibt, ist das etwas, was ich genieße.

Ich werde heute versuchen, zwei Sachen darzustellen, von denen ich sehr überzeugt bin. Ich hoffe, dass Sie am Ende meines Vortrags ebenso überzeugt sein werden. Erstens sind die europäischen Mechanismen so kompliziert, dass Europa manchmal - wir werden später darüber sprechen - mit seinen vielen Sprachen sehr verwirrend ist, dass es sich aber trotzdem lohnt, sich damit zu beschäftigen. Zweitens bin ich persönlich und in meiner Funktion als Beamter der Europäischen Kommission davon überzeugt, dass wir die zukünftige Entwicklung Europas beeinflussen können und sollen.

In Schulen sagen die Schüler oft zu mir, sie hätten zu viele Informationen über Europa und wollten jetzt die „wahre Wahrheit“ hören. Ich sage dann immer, dass die Wahrheit nicht existiert. Was ich heute sage, ist mein Eindruck von Europa und nur ein Baustein, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, Europa zu verstehen.

Erst einmal ein paar Sätze zu meiner Person: Ich bin Italiener, meine Familie kommt vom Lago Maggiore. Ich arbeite jetzt in Berlin bei der Vertretung der Europäischen Kommission. Ich bin aber kein geborener EU-Beamter. Ich habe eine Mischung aus Betriebs- und Volkswirtschaft studiert und habe dann im Hotelfach gearbeitet. Ich war Chefbuchhalter in einer Gemeinde, ich habe bei der Handelskammer und in der Privatwirtschaft als Geschäftsführer eines Sportzentrums gearbeitet, also ein wenig von allem. Ich war aber schon immer ein leidenschaftlicher Europäer und mein Traum war schon immer, für eine europäische Institution zu arbeiten.

Man wird durch ein Auswahlverfahren EU-Beamter. Das sind riesengroße öffentliche Prüfungen. Ich habe es mehrmals versucht, insgesamt elf Mal. Bei der Prüfung, die ich am Ende bestanden habe, gab es 3.000 Bewerber auf insgesamt fünf Plätze. Ich habe viel Glück gehabt, obwohl ich sicherlich auch gut war. Ich musste dann noch auf eine Warteliste und bin endgültig 1997 in Brüssel gelandet.

Dort war ich am Anfang ziemlich enttäuscht, das muss ich sagen. Ich bin mit den großen Ideen dort hingekommen, dass Europa die Antwort auf alle Fragen habe, dass es ein gutes Projekt sei und alles gut laufe. Was ich am Ende erfahren musste, war, dass alles, was dabei herauskam, politische Kompromisse waren. Fast nie war es die beste Lösung, sicherlich nie die schnellste und auch nie die billigste Lösung. Fast immer war es aber die einzige Art und Weise, um einen kleinen Fortschritt zu erreichen. Und mit einem Fortschritt nach dem anderen sind wir auf dem Weg weit vorangeschritten. Ich habe mittlerweile auch gelernt, Kompromisse zu schätzen, ich sage einmal, Kompromisse im guten Sinne. Wenn 16- oder 17-jährige Schülerinnen und Schüler das Wort Kompromiss hören, dann reagieren sie negativ. Ich sage aber, dass die Leute, die einen Kompromiss finden, nicht auf ihre Prinzipien verzichten müssen. Sie versuchen nur, eine Lösung zu finden, mit der alle leben können, obwohl es für einige - oft für alle - nicht die beste Lösung ist. Allgemein ist sie aber positiv.

Kommissar Figel hat einmal etwas gesagt, was mich sehr beeindruckt hat: Als er in der damaligen Tschechoslowakei im sowjetischen Block jung gewesen sei, habe die Sowjetunion versucht, eine Einheit ohne Freiheit zu schaffen. Das habe nicht geklappt. Europa versuche jetzt, durch seine Integration eine Art von Miteinander zu bilden, indem es viele Freiheiten gebe. Das funktioniert viel besser.

Was mich in Brüssel immer so beeindruckt, ist, dass man die Mitgliedstaaten nicht zwingen kann, etwas zu machen. Es gibt in Brüssel keine europäische Mama, die vorschreibt, was die einzelnen Mitgliedstaaten zu machen haben. Es ist wirklich wie eine Gruppe von Freunden, die auf ihre Souveränität nicht verzichten haben. Jeder ist unabhängig, aber sie haben sich entschieden, ihre eigene Identität in die gleiche Richtung zu lenken, um so weit wie möglich einen gemeinsamen Weg zu gehen. Ich finde diese Freiheit, in der die Menschen zusammenarbeiten können, sehr interessant. Aber ich habe auch in Brüssel Dinge

gesehen, die dem Sketch ähnlich waren, wenn auch nicht ganz so schlimm.

Diese Art der Zusammenarbeit ist kompliziert, aber gleichzeitig auch wieder sehr leicht. Ich war einmal in einer Grundschule und habe dort ein Beispiel genutzt, das ich seitdem immer benutze. Die Schülerinnen und Schüler haben mich gefragt, wie die EU funktioniert. Ich habe mir überlegt wie man es den Schülerinnen und Schülern erklären kann und habe dann Folgendes gesagt: Es ist mehr oder weniger wie eine Gruppe von Freunden, die abends gemeinsam im Restaurant essen wollen. Sie fangen erst einmal an zu diskutieren, was gegessen werden soll. Soll es französisch oder italienisch sein, soll es ein Döner oder eine Pizza sein. Dann wird diskutiert, wie man das bezahlen soll, getrennt, zusammen, jeder seinen Teil, sind die Getränke inklusive und so weiter. Es wird viel diskutiert und viel gestritten, aber am Ende findet man eine Lösung, weil man Lust hat, zusammenzubleiben und gemeinsam einen schönen Abend zu verbringen. Es ist aber noch komplizierter. Denn nach dem Essen will man ins Kino gehen. Und dann fängt es von vorne an. Was will man sehen? Die beiden Sachen sind nicht getrennt voneinander. Denn vielleicht wird jemand italienisches Essen akzeptieren, wenn man danach einen Schwarzenegger-Film sehen kann. Diese Verhandlungen sind kompliziert, aber am Ende funktioniert das und die Hauptsache ist, dass am Ende die Gruppe von Freunden gemeinsam einen schönen Abend bringt.

Deswegen denke ich auch, dass die Probleme, von denen wir alle reden, nicht dadurch entstehen, dass Europa nicht funktioniert hat oder weil das Projekt nicht gut war, sondern weil es sehr gut, fast zu gut war. Es sind zwei verschiedene Probleme entstanden. Einerseits sind wir größer geworden und die Welt hat sich weiterentwickelt. Die Regeln, die wir uns vor 50 Jahren für das Zusammenspiel der Mitgliedstaaten gegeben haben, sind Regeln wie bei einem Fußballspiel. Auch dort muss man die Regeln kennen und auch dort gibt es Schiedsrichter, die aufpassen, dass diese Regeln eingehalten werden. Sonst kann man nicht spielen. Das ist ein anderes Bild. Aber die Regeln, die vor 50 Jahren verabschiedet wurden, haben uns meiner Meinung nach sehr gut gedient. Sie müssen jetzt aber angepasst werden. Vor 50 Jahren gab es sechs Mitgliedstaaten und vier offizielle Sprachen. Das war noch einfach. Heute gibt es 27 Mitgliedstaaten und 23 offizielle Sprachen. In Brüssel gibt es einen Raum, wo 23 Kabinen für die Dolmetscher zur Verfügung

stehen. Das ist eine große Herausforderung. Das ist nur ein Beispiel.

Die Regeln, wie die Regeln angepasst werden sollen, sind viel komplizierter. Die Vertreter der Mitgliedstaaten treffen sich in Brüssel, sie sitzen an einem Tisch. Es gibt eine Agenda und jeder kann über jeden Punkt seine Meinung äußern. Das funktioniert mit sechs Leuten an einem Tisch relativ gut. Mit 27 Mitgliedern ist der erste Tag aber schon vorbei, wenn jeder über den ersten Punkt nur 20 Minuten spricht. Es ist notwendig, jetzt Reformen anzustoßen.

Ich muss Deutschland und die deutsche Ratspräsidentschaft wirklich loben. Deutschland hat zwar auch Glück gehabt - aber das braucht man auch -, dass genügend Zeit seit dem Nein in Frankreich und Holland vergangen ist. Die Deutschen haben ihre Rolle wirklich sehr gut gespielt und den ganzen Prozess wieder in Gang bekommen. Das Image von Deutschland hat deutlich durch die Weltmeisterschaft und die Ratspräsidentschaft gewonnen, zwei wunderschöne Ereignisse. Alle meine Kollegen in Brüssel und alle anderen Länder haben gesagt, dass das ganz prima von Deutschland war.

Wir gehen weiter und haben jetzt das Mandat für die Regierungskonferenz, die keine Verfassung mehr verabschieden soll, sondern wieder einen Kompromiss, nämlich den EU-Reformvertrag. Es ist wieder kompliziert, statt nur einem Vertrag werden wir zwei zusätzliche Verträge haben, es werden Sachen darin geändert, die von Übersetzern und Kollegen möglicherweise übersehen werden. Es wird auch noch Verhandlungen geben müssen, denn die Mitgliedstaaten, die die alte Verfassung ratifiziert haben, können offiziell nicht akzeptieren, dass zu viel geändert wird. Aber die Mitgliedstaaten wie Frankreich und Holland, die schon ihre Zweifel hatten oder in denen die Bevölkerung schon Nein gesagt hat, können nicht akzeptieren, dass es nicht genügend Änderungen gibt. Es wird also schon wieder verändert. Die Welt entwickelt sich, die Regeln müssen sich anpassen. Das war die erste Sache.

Zweitens. Europa regelt nicht alles. Das ist auch eine Sache, die ich gelernt habe. Ich dachte früher immer, Europa würde alles regeln. Aber Europa regelt nur, was die Mitgliedstaaten zusammen machen wollen und respektiert dabei auch noch das Subsidiaritätsprinzip. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten souverän bleiben. Die gelungene Integration in einigen Bereichen, in denen Europa wirklich gut funktioniert, verlangt jetzt Integration in Bereichen, von denen man ursprünglich gedacht hatte, dass sie

dort nicht notwendig sei. Ich gebe ein praktisches Beispiel: Es gibt zum Beispiel einige Mitgliedstaaten, die das Abkommen von Schengen unterschrieben haben. Das erlaubt, dass alle Bürger dieser Staaten sich in den anderen Schengen-Staaten frei bewegen dürfen. Zwischen Frankreich und Belgien kann man zum Beispiel nur daran sehen, dass man die Grenze überschritten hat, dass sich die Straßenschilder ändern. Andere Zeichen gibt es nicht.

Aber wir haben im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bislang keine gemeinsamen Maßnahmen. Das heißt, die Polizeibeamten der verschiedenen Mitgliedstaaten kooperieren ein bisschen, aber sie sind nicht gezwungen zu kooperieren. Zwischen den einzelnen Behörden der Mitgliedstaaten muss da viel verhandelt werden. Das haben zum Beispiel Diebe damals sehr gut verstanden und ausgenutzt. Die französischen Diebe sind in Belgien eingebrochen, über die Grenze geflohen und hinter der Grenze konnten sie als freie Bürger weiterfahren, die Polizei aber nicht. Die Polizei musste sich an Gesetze halten. Sie musste auf dem Revier anrufen, das Revier hat in Paris angerufen, Paris hat in Brüssel angerufen und die Diebe waren schon lange weg. Inzwischen existieren bilaterale Abkommen, die der Polizei erlauben, hinterherzufahren.

Ein weiteres Beispiel ist die Einwanderungspolitik. Die Mitgliedstaaten haben gesagt: Ich muss entscheiden, wer bei mir wohnen und arbeiten kann, das ist meine Sache! Aber hier spielt auch das Schengener Abkommen eine Rolle. Sollte Italien jetzt seine ganzen Einwanderer legalisieren, dann könnten sich diese Leute überall in Europa frei bewegen und eine Entscheidung Italiens würde Deutschland, Frankreich oder andere Mitgliedstaaten erheblich beeinflussen. Das ist also gelungene Integration. Oftmals glauben die Mitgliedstaaten zu wissen, was sie brauchen und wollen. Aber jetzt ist der Arbeitsmarkt so flüssig und so integriert, dass die Unternehmen wissen wollen, was sie von einem deutschen Abitur oder einem italienischen Baccalaureat erwarten können. Die große Frage ist, wie es weitergehen kann.

Ich denke immer, dass es wie bei der Werbung von IKEA ist: „Alles kann, nichts muss.“ Europa ist - so sage ich immer - ein laufendes Projekt. Es gibt kein Ziel in Europa, das unbedingt erreicht werden muss. Es gibt mehrere Möglichkeiten und mehrere Wege, bei denen wir entscheiden können, ob wir sie zusammen gehen wollen oder nicht. Wie immer, wenn es eine Wahl gibt, gibt es Vorteile, Nachteile und Kosten. Es gibt Grup-

pen, die mehr daran gewinnen und Gruppen, die daran verlieren. Und es ist sehr kompliziert, besonders mit 27 Köpfen, die alle mitentscheiden müssen. Wir haben unsere demokratischen Mechanismen, die vielleicht nicht perfekt sind. Aber ich kenne keinen besseren Mechanismus, um diese Entscheidungen zu treffen. Es geht auch um die Bundes- und Landespolitiker. Es ist sehr kompliziert, aber am Ende entscheiden die Mitgliedstaaten, was sie zusammen machen wollen und was nicht. Sie sind die Herren der Verträge, sie haben die Regeln bestimmt und sie können die Regeln ändern. Es ist wirklich kompliziert, aber das ist der Mechanismus.

Es gibt auch das Angebot, direkte EU-Demokratie zu üben. Das ist das, was ich immer an Schulen sage. Brüssel scheint so weit weg, erst gibt es Landtagsabgeordnete, dann die Regierung in Berlin und es ist so kompliziert und undurchsichtig. Besonders, wenn ich vor 16- oder 17-jährigen Schülern stehe, sage ich: „Wisst ihr, ihr habt EU-Abgeordnete, ganz Deutschland hat 99, die ihr direkt wählt.“ 2009 finden die nächsten Europaparlamentswahlen statt. Laut Statistik wissen die wenigsten Leute, für wen sie das letzte Mal gewählt haben. Ich bin sicher, Kiel ist eine Ausnahme! Ich verteile immer einen Zettel mit nützlichen Web-links, aber das kann man auch im Internet sehr gut finden. Es gibt eine Web-Seite, auf der alle EU-Parlamentarier mit ihrer E-Mail-Adresse aufgelistet sind. Ich sage immer: „Versucht mal, eure EU-Abgeordneten zu kontaktieren. Geht auf diese Seite, wählt ein paar Politiker von Parteien, die ihr gerne habt und schreibt: ‚Lieber Herr EU-Abgeordneter, 2009 werde ich wählen können. Warum sollte ich für dich wählen, was machst du für mich in Brüssel?‘“ Erstaunlicherweise antworten die meisten auch. - Nicht mit persönlichen E-Mails, die Wahlkreise sind enorm groß. Aber die meisten haben Newsletter, sie haben Rundschreiben oder Web-Seiten, wo sie genau sagen, was sie in Brüssel machen, welche Ideen sie haben und in welchen Ausschüssen sie sitzen und was da passiert. So kann man zumindest mehr oder weniger wissen, was diese Leute da machen.

Ein zweiter Schritt, den ich selbst auch sehr gerne gehe, wenn ich mit etwas sehr einverstanden oder nicht einverstanden bin, ist, meinem EU-Abgeordneten ein E-Mail zu schreiben. Das kostet mich drei oder vier Minuten und das ist eigentlich nicht viel Zeit. Ein E-Mail wird allerdings auch keinen Unterschied machen. Aber wenn ein EU-Abgeordneter 500 oder 1.000 E-Mails bekommt, die alle in eine Richtung gehen, der wird

entsprechend reagieren. Das ist mein Angebot, um ein bisschen direkte EU-Demokratie zu üben. Das kostet uns nicht viel. Das ist wie beim Lotto spielen: Wenn man kein Los kauft, kann man sicher sein, dass nichts passiert. Wenn man eins kauft, dann hat man Chancen. Ich würde euch empfehlen, euch das anzusehen.

Draußen gibt es auch Handzettel mit einigen anderen interessanten Links, zum Beispiel zum Beitritt der Türkei und wie sich die Sache entwickelt. Es gibt auch Links zur Europäischen Kommission für diejenigen, die sich dafür interessieren, wie man EU-Beamter wird. Ich habe auch einige andere EU-Materialien mitgebracht, das ist keine Propaganda, sondern sachliche Information darüber, was die Mitgliedstaaten sind, welches die offiziellen Beitrittskandidaten sind und andere wichtige Informationen. Es wird jetzt eine Debatte geben. Es ist toll, wenn man kritisch ist. Man muss nicht alles direkt akzeptieren, aber es ist schlecht, Vorurteile zu haben. Wenn man sagt, dass etwas nicht gut ist, muss man die Fakten kennen.

Es ärgert mich immer, wenn ich höre, die Europäische Union habe so eine riesige Bürokratie. Wissen Sie, wie viele EU-Beamte es überhaupt gibt? Normalerweise lautet die Antwort: Zu viele. Das mag auch sein, aber um das sagen zu können, muss man wissen, wie viele Beamte es gibt. Wenn man alle Agenturen, Institutionen und Einrichtungen zusammenzählt, gibt es ungefähr 25.000, die Kommission hat 18.000. Ist das viel? Wissen Sie, wie viele Beamte eine Stadt wie Köln oder Mailand hat? Mailand hat 20.000 Beamte, Köln ein bisschen weniger. Man kann immer noch sagen, dass für Europa 25.000 Beamte zu viel sind, aber man muss sich meiner Meinung nach erst einmal informieren und dann kann man etwas mehr kämpfen. Ich weiß, dass es schwer ist. Ich werde aber später bei Kaffee und Kuchen zur Verfügung stehen. Wenn jemand eine direkte Frage hat, beantworte ich die sehr gern.

Ich bitte Sie, mit Europa geduldig zu sein. Mit Deutschland ist der ganze Entwicklungsprozess wieder in Gang gekommen, es wird wieder diskutiert. Die langen Zeiten, die unsere demokratischen Prozesse in Anspruch nehmen, verlangen viel Geduld und viel Toleranz. Die wird auch verlangt, um die Vielfalt in Europa zu managen. Aber bitte akzeptieren Sie nicht alles ganz passiv, sagen sie, was sie gern haben oder nicht gern haben. Bitte seien Sie aktive Bürger für das Europa, das Sie wollen. Wir werden machen, was wir können, wir als Beamte und sicherlich auch die

Politiker. Aber es wirklich wichtig, dass sich die Bürger aktiv beteiligen. Ich bin sicher, dass die Debatte sehr interessant wird.

(Beifall)

Astrid Höfs, Vorsitzendes des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Herzlichen Dank, Herr Bonvini für diesen lebendigen Vortrag. Jetzt kommen wir mit Herrn Jens Ruge und Frau Susan Baumgart zu den Ergebnissen der Fragebogenaktion.

Jens Ruge, Vorsitzender der Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.: Herr Präsident! Frau Tagungspräsidentin! Verehrte Gäste! Zunächst einmal möchte ich zweimal einen Dank loswerden. Der erste Dank gilt dem Europaausschuss, liebe Astrid, und insbesondere eurer Arbeitsgruppe mit Jutta Schmidt Holländer, die so konstruktiv und sachlich mit uns zusammengearbeitet hat. Ohne diese harte Arbeit wäre die ganze Fragebogenaktion schwierig geworden.

Der zweite Dank, lieber Herr Kayenburg, gilt Ihnen. Sie haben uns dafür gedankt, dass wir mit unseren Organisationen in den Orts- und Kreisverbänden ehrenamtlich diese Fragebogenaktion schwerpunktmäßig durchgeführt haben.

Zum Verfahren möchte ich vorab sagen: Wir haben bei unseren Veranstaltungen quer durch das Land immer die Fragebogen mit dabei gehabt. Wir haben sie nicht nur ausgelegt, sondern jeder, der sich einen genommen hat, hat ihn dann auch gleich ausfüllen und wieder abgeben müssen. Denn es ist völlig klar, wenn jemand so etwas erst einmal mit nach Hause nimmt, bekommt man die Dinger nicht wieder. So haben wir das gemacht.

Herr Wiethaupt, ich darf auch sagen: Die Europaschulen haben ganz toll mitgemacht. Von ihnen haben wir auch eine Menge Fragebögen zurückbekommen. Insgesamt haben wir - Astrid, wenn man auch noch die Besuchergruppen des Landtages hinzunimmt, die aus Schülern, Angehörigen der Bundeswehr, Personen aller Altersgruppen und auch aus allen Gegenden zusammengesetzt sind - doch eine altersmäßig, berufsmäßig und regional wunderbare Mischung zusammenbekommen. Insgesamt haben wir 727 Bögen zurückbekommen. So, wie wir gearbeitet haben, liebe Astrid, sind das natürlich gefühlte 800.

Ich bin Susan Baumgart besonders dankbar, dass sie in ihrer Vorlesung zur europäischen Integration an der Universität 120 Fragebögen ausgeteilt,

eingesammelt und zusätzlich ausgewertet hat, sodass wir gerade aus diesem Bereich zusätzliche Einschätzungen bekommen haben.

Deshalb kann man insgesamt sagen: Die Fragebogenaktion ist repräsentativ. Ich habe gerade so einen „Schinken“, 2 cm dick, eine europaweite Fragebogenaktion und ihre Auswertung, auf den Tisch bekommen. Die haben bundesweit 1.500 Personen befragt. Da muss ich sagen, wenn sie 1.500 Befragte bundesweit haben und das ist repräsentativ, dann müssen unsere gefühlten 800 natürlich erst recht repräsentativ sein.

Nun kommen wir zum Inhalt. Die inhaltliche Auswertung hat Susan Baumgart gemacht. Wir haben den Saal etwas verdunkelt, da sie eine Powerpoint-Präsentation vorbereitet hat. Sie ist - wie man unschwer sehen kann - Vertreterin unserer Organisation der Jungen Europäischen Föderalisten. Außerdem ist sie seit Kurzem - dafür bin ich ihr besonders dankbar - auch Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union. Sie macht jetzt die inhaltliche Auswertung. Vielen Dank, liebe Susan, du bist jetzt dran.

(Beifall)

Susan Baumgart, Junge Europäische Föderalisten: Vielen Dank für die nette Einführung. Meine Aufgabe ist es, die Daten ein wenig so zu präsentieren, dass wir mit Ihnen darüber diskutieren können, ohne Sie dabei mit zu vielen Zahlen zu erschlagen.

Ich haben versucht, es so aufzubereiten, dass möglichst deutlich wird, wo markante Punkte sind, nicht jedoch jede Zahl einzeln auftaucht. Dennoch können natürlich all diejenigen, die das genauer interessiert, die kompletten Daten von uns bekommen und dort direkt hineinschauen, um sich ein eigenes Bild zu machen.

Wir haben - wie schon mehrfach gesagt wurde - 727 Fragebögen ausgefüllt zurückbekommen. Die Befragten waren im Alter zwischen 12 und 83 Jahren. Wir haben hier also eine sehr große Bandbreite. Darunter sind 320 Frauen und 393 Männer. Es sind also ein bisschen mehr Männer als Frauen, aber man kann fast noch davon reden, dass es in etwa ausgeglichen ist. Das Durchschnittsalter lag bei 37 Jahren.

Damit wir jetzt ein bisschen mehr Einblick darin bekommen, wie die einzelnen Altersgruppen Europa und die Zukunft Europas sehen, haben wir die Ergebnisse in vier verschiedene Gruppen aufgeteilt. Es gibt eine erste Gruppe mit Personen bis zum Alter von 20 Jahren, also all diejenigen, die bis zu 20 Jahre alt sind. Das sind vor allem

die Schüler der Europaschulen, die eben schon angesprochen wurden. Wenn ich im Laufe der Präsentation dann sage „die Schüler“ oder „die Europaschüler“, dann ist das diese Gruppe. Der eine oder andere mag dabei sein, der vielleicht schon Student ist, aber im Gros sind das die Schüler.

Ebenso verfare ich bei der Gruppe der zwischen 20 und 26 Jahre alten Personen. Das sind vor allen Dingen „die Studenten“, vor allem diejenigen aus der schon angesprochenen Vorlesung.

Dann gibt es eine Gruppe, die vom Alter her relativ breit gestreut ist, das sind die 27- bis 65-jährigen Personen. Der Einfachheit halber nenne ich sie „Arbeitnehmer“, ohne damit jemanden diskriminieren zu wollen. Das ist die mittlere Gruppe.

Dann haben wir eine Gruppe all derjenigen, die über 65 Jahre alt sind und die nenne ich „Rentner“. Auch das wieder soll keine Diskriminierung sein, es ist aber beim Reden einfacher, sie so zu nennen.

Es gab insgesamt acht verschiedene Fragen. Ich habe zu jeder Frage jeweils eine Folie. Wenn Sie dort hinten an die Wand schauen, können Sie das gut verfolgen.

(siehe Anlage: Folie „Allgemeine Daten“)

Das sind noch einmal die allgemeinen Daten.

Die erste Frage war auch gleich eine sehr ausführliche Frage. Sie lautete: Wo spüren Sie den europäischen Einfluss in Ihrem täglichen Leben am meisten?

(siehe Anlage: Seite 3)

Ich habe jetzt versucht - nach den Altersgruppen sortiert, wie ich das eben schon angesprochen haben -, ein Ranking zu erstellen und werde dann gegebenenfalls zu den Prozentzahlen noch etwas sagen: Deutlich sehen kann man hier, dass mit bis zu 90 % bei allen vier befragten Gruppen der Euro an erster Stelle steht. Ich denke, das lässt sich damit erklären, dass wir ihn täglich in der Hand und im Portemonnaie haben.

An zweiter Stelle stehen für die Jüngeren bis 26 Jahre, also die ersten beiden Gruppen, die Medien. Es sind circa zwei Drittel, die dort einen spürbaren europäischen Einfluss sehen. Für die Älteren, alle ab 27 Jahren, stehen die Medien zumindest noch an dritter Stelle. Das sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob diese Medienpräsenz der Europäischen Union nun eine positive oder eine negative ist. Bei einer anderen Frage kommen wir darauf noch zu sprechen. Festzu-

stellen ist hier erst einmal nur, dass eine Medienpräsenz durchaus wahrgenommen wird.

Für die Älteren ab 27 Jahren, für die zwei letzten Gruppen, kommt dann an zweiter Stelle das Warenangebot. Interessanterweise ist das für die beiden jüngeren Gruppen nur zu etwa 20 % wichtig. Ich denke, daran kann man sehen, dass die beiden ersten Gruppen, die Menschen bis 26 Jahre, vermutlich schon damit aufgewachsen sind, dass wir so ein großes Warenangebot haben, auch dank der europäischen Integration.

Circa ein Viertel der bis zu 20-Jährigen nannte dann an den folgenden Stellen Arbeitskräfte und Urlaube, ebenso die 20- bis 26-Jährigen. Für die waren dann aber auch noch die Veranstaltungen wichtig. Dazu ist noch Folgendes zu sagen: Wie Sie sehen, ist das die letzte Zeile. Da steht bei den Studenten Platz drei, bei allen anderen Platz sieben. Wenn man sich das aber prozentual anschaut, liegen sie etwa in der gleichen Spanne. Das sind bei den Studenten 27 % und bei den restlichen zwischen 18 und 25 %. Daran kann man deutlich sehen, dass der europäische Einfluss im täglichen Leben nicht unbedingt über Veranstaltungen gesehen wird. Vielleicht kann man daran noch arbeiten.

Die 27- bis 65-Jährigen, also die Arbeitnehmer, nannten einen höheren Wert bei den Arbeitskräften. Es waren circa ein Drittel, die dort einen europäischen Einfluss sahen. Das Gleiche gilt für die Bürokratie. Ich denke, beides lässt sich dadurch erklären, dass diese Menschen im Beruf stehen und vielleicht deshalb mehr Erfahrung mit diesen beiden Bereichen, den europäischen Arbeitskräften und der europäischen Bürokratie, haben - was auch immer man darunter versteht. Ebenso haben die 65-Jährigen und Älteren geantwortet. Ich denke, auch das lässt sich auf die gleiche Weise erklären.

Wichtig ist auch noch, die Europaschulen zu erwähnen. Die Jüngeren, die Schüler, haben nur zu 20 % gesagt, dass sie dort den europäischen Einfluss in ihrem täglichen Leben sehen. Die anderen Gruppen lagen bei 10 bis 15 %. Ich denke, daran kann man deutlich sehen, dass die Europaschulen noch nicht so präsent sind, dass sie als eindeutiger europäischer Einfluss wahrgenommen werden.

Dem schloss sich die zweite Frage an. Die Frage lautete: Verstehen Sie sich als Europäer, Deutscher oder Schleswig-Holsteiner?

(siehe Anlage: Seite 4)

Mehrfachnennungen waren möglich und natürlich auch sehr erwünscht. Das erste Ergebnis, das wir bei dieser Frage haben, ist, dass die allermeisten sich zunächst als deutsch bezeichnet haben. Da liegen die Werte um die 60 bis sogar 70 %. Es stellt sich die Frage, ob das vor der Weltmeisterschaft im letzten Jahr schon genauso war, aber jetzt ist es auf jeden Fall so. Nichtsdestotrotz sehen sich fast genauso viele Menschen gleichzeitig als Europäer. Allerdings muss man dazu sagen - wie Sie am weißen Balken sehen können, das sind die Schüler -, dass die Schüler nur zu etwa 38 % angegeben haben, dass sie sich als Europäer sehen. Das ist natürlich insofern ein nicht wirklich positives Ergebnis, als dass das die Generation ist, die die europäische Integration weitertragen soll. Vielleicht ist das auch ein Appell an uns selbst, an die Europa-Union und an die JEF, doch noch einmal ein bisschen mehr die jüngeren Menschen für Europa zu begeistern. Schleswig-Holsteiner - das steht erst an dritter Stelle. Ich denke, das lässt sich damit erklären, dass wir eben auch Menschen befragt haben, die gar nicht in Schleswig-Holstein geboren sind, zum Beispiel die Studenten. Bei den Studenten malte einer ein kleines Kästchen dazu und sagte: „Ich bin aber Brandenburger“, und wollte das gern ankreuzen. Ich denke, das lässt sich vor allen Dingen auf diese Art und Weise erklären.

Die dritte Frage: Wo sehen Sie vorrangig gemeinsame Interessen der EU-Bürger?

(siehe Anlage: Seite 5)

Zunächst einmal kann man das sehr positive Ergebnis festhalten, dass die Prozentwerte bei allen Themenbereichen, die da vorgeschlagen waren, relativ hoch waren. Also werden alle Themenbereiche als relativ wichtig angesehen. Frieden und Freiheit sind - ich denke, das ist auch sehr positiv - an erster Stelle mit einem weiten, weiten Abstand vor allen anderen Themen genannt worden. Die Prozentwerte liegen da zwischen 80 und 90 %. Bei den Jüngeren sind es etwas weniger.

Zwei Drittel bis ein Drittel der Befragten sehen die Themenbereiche Umweltschutz, Klimapolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik und auch Außen- und Sicherheitspolitik als wichtige Interessen oder auch als gemeinsame Interessen. Ein Drittel hat dann immerhin auf Platz fünf und sechs auch noch angegeben, dass Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Energieversorgung wichtig sind.

Dass Frieden und Freiheit an erster Stelle stehen, ist zuerst einmal positiv. Ich denke, dieser Punkt,

ebenso wie der Punkt Wirtschaftspolitik lässt sich dadurch erklären, dass das genuin zwei der klassischen Erklärungsansätze für die europäische Integration sind, die heute dann offensichtlich auch immer noch wirksam sind. Die anderen Themen, Umweltschutz und Klimapolitik, ebenso wie Energieversorgung, sind tagespolitisch aktuellen Themen, die in den Medien momentan sehr präsent sind. Vielleicht sind deshalb die hohen Werte in diesem Bereich nicht verwunderlich.

Ich finde schließlich noch sehr bemerkenswert - die Frage war ja: Sehen Sie gemeinsame Interessen der EU-Bürger? -, dass es auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik relativ hohe Werte mit zwischen 46 und 61 % gibt. Das könnte ein Appell an Brüssel, an die Staats- und Regierungschefs sein, die da doch sehr kontroverse Standpunkte haben. Die Bürger sehen das als ein gemeinsames Interesse der EU-Bürger.

Die vierte Frage: Kennen Sie Projekte und/oder Programme, die mit EU-Fördergeldern unterstützt wurden?

(siehe Anlage: Seite 6)

Dazu gibt es jetzt weder ein Diagramm noch eine Tabelle, denn bei dieser Frage konnte man selber angeben, welche Projekte oder Programme man kennt.

Insgesamt gesehen haben circa 50 % gesagt, sie kennen Programme oder Projekte, aber das war je nach Alter sehr, sehr unterschiedlich. Die Jungen bis zu 20 Jahren kannten nur zu einem Viertel Projekte oder Programme. Die Arbeitnehmer zu drei Viertel, hier lag das wesentlich höher, und die Rentner zu zwei Drittel.

Dann sollte man sagen, welche Projekte und Programme man kennt. Da wurde häufig nichts gesagt und diejenigen, die etwas schrieben, hielten das sehr, sehr allgemein. Da standen dann größtenteils Begriffe wie zum Beispiel „Aufbau Ost“ oder „Agrarsubventionen“. Konkrete Projekte wurden sehr, sehr wenige genannt. Und diejenigen, die genannt wurden, sind auch nicht unbedingt in Schleswig-Holstein angesiedelt. Es stand beispielsweise auf einem Fragebogen: „Der Hafen in Marseille“.

Bemerkenswert ist dann, dass je nach beruflichem Umfeld verschiedene Programme immer wieder genannt wurden. Bei den Studenten war das ganz klassisch ERASMUS, das Austauschprogramm für Studenten, dass dann doch noch jedem präsent war.

Die fünfte Frage: 2009 sind Wahlen zum Europäischen Parlament. Werden Sie zur Wahl gehen?

(siehe Anlage: Seite 7)

Hier gab es gerade für uns Pro-Europäer ein geradezu bombastisches Ergebnis, ein überwältigendes Ja. Insgesamt circa 80 % der Befragten bei den Studenten sagten, dass sie hingehen wollten, und bei den Arbeitnehmern, und bei den Rentnern waren es sogar 90 %. Warum es insgesamt nur 80 % sind, liegt an den Schülern. Da haben circa zwei Drittel gesagt, sie werden hingehen. Dazu muss man natürlich aber sagen, dass die befragten Schüler zwischen 12 und 19 Jahre alt waren. Es sind sicherlich einige dabei, die 2009 noch gar nicht wahlberechtigt sein werden. Sie haben dann dementsprechend entweder gar keine Angabe gemacht oder gesagt, nein, ich kann ja gar nicht hingehen.

Dazu muss man aber natürlich auch sagen - wie wir am Anfang schon angesprochen haben -, dass die Menschen, die wir befragt haben, Europa gegenüber schon relativ positiv eingestellt sind. Das sind Schüler von Europaschulen, das sind Studenten, die Politik studieren, die sich in Vorlesungen mit dem Namen „Europäische Integration setzen“, und das sind die Menschen, die zu Veranstaltungen der Europa-Union kommen, an den Stand kommen und die Zettel ausfüllen. Dieses Ergebnis sollte also nicht zu einer allzu großen Euphorie führen.

(siehe Anlage: Seite 8)

Die sechste Frage: Deutschland hat am 1. Januar 2007 für 6 Monate die Präsidentschaft der EU übernommen. Welche Themen stehen für Sie dabei im Vordergrund?

Es sieht so aus, als wäre die Öffentlichkeitsarbeit in den Medien der Bundesregierung durchaus positiv gewesen, sodass sich bei den Themen alle einig waren. Energie- und Klimapolitik standen mit 70 % an erster Stelle. Die EU-Verfassung hatte aber auch noch mit 71 % bei den Rentnern und 51 % bei den Schülern relativ hohe Prozentzahlen. Der Bürokratieabbau - da sieht man jetzt deutlich einen Unterschied zwischen den Menschen bis 26 Jahren und denen über 26 Jahren -: Hier haben die Älteren mit bis zu 50 % gesagt, dass dort ein wichtiges Thema liegt, bei den Schülern waren es nur circa ein Fünftel und bei den Studenten ein Drittel. Das lässt sich ebenso wie bei der Frage vorhin auch damit erklären, dass diejenigen, die mehr mit Bürokratie zu tun haben könnten, diejenigen sind, die im Beruf stehen oder standen. Sie haben dann vielleicht

auch einfach mehr Interesse daran, dieses Thema durchzubringen.

Eine letzte Anmerkung noch zu dem Thema „50 Jahre römische Verträge“. Da waren die Prozentzahlen sehr, sehr gering. Das liegt sicher auch daran, wie die Frage gestellt ist. Denn sie heißt ja: Welche Themen stehen dabei für Sie im Vordergrund? 50 Jahre römische Verträge, das war ein Grund zum Feiern, das war ja vielleicht auch etwas Symbolisches. Nichtsdestotrotz wäre es natürlich wünschenswert, wenn die Prozentzahlen da auch über 15 % gekommen wären. Denn es gibt wenige Dinge, die alle EU-Bürger gemeinsam haben, aber so etwas wie der 50. Jahrestag von gemeinsamen Verträgen ist einer der wenigen Bereiche. Wenn wir die Menschen mitnehmen wollen, wenn wir sie für Europa begeistern wollen, wenn wir eine europäische Identität ausbilden wollen, dann ist es sehr wichtig, dass solche Themen auch wichtiger für die Bürger sind.

Die siebte Frage lautete schließlich: Fühlen Sie sich hinreichend über Europa informiert?

(siehe Anlage: Seite 9)

Insgesamt gesehen haben 60 % gesagt: Ja, ich fühle mich hinreichend informiert. Interessanterweise waren die Rentner dabei mit 72 % vertreten, sie fühlten sich am allerbesten informiert. Dennoch muss man aber sagen, dass ungefähr ein Drittel der Befragten mit Nein geantwortet hat. Auch hier könnte man wieder Vorschläge machen, wie man das verbessern könnte. Die Vorschläge waren auch hier wieder sehr allgemein und nicht sehr zahlreich. Sie stehen vielleicht dann auch in einem gewissen Widerspruch zur ersten Frage oder der Beantwortung der ersten Frage in punkto Medienpräsenz. Denn hier bei den Verbesserungsvorschlägen kam sehr häufig der Vorschlag oder der Wunsch, mehr Information über die Europäische Union, mehr Aufklärung, vielleicht mehr Werbespots und vielleicht - das haben sich die Schüler gewünscht - noch viel, viel mehr in den Schulen darüber zu erfahren.

Die achte Frage schließt sehr schön an die siebte Frage an. Dazu gebe ich das Wort an Jens Ruge, denn er wird unsere Schlussfolgerungen aus der Fragebogenaktion vorstellen und in dem Zusammenhang auch die Ergebnisse zur achten Frage.

(Beifall)

Jens Ruge, Vorsitzender Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.: Erst einmal einen ganz herzlichen Dank an Susan Baumgart. Sie hat sich sehr viel Arbeit gemacht und ich glaube, dass das Ergebnis der Befragung plastisch sehr gut rübergekommen ist.

(siehe Anlage: Seite 10)

Zur Frage Nummer acht. Es ist deutlich geworden, dass bei den Fragen, wo man etwas ausfüllen musste - bei Frage Nummer sieben konnte man etwas ausfüllen, bei der Frage Nummer acht musste man etwas ausfüllen - insbesondere die Informationspolitik noch einmal genannt worden ist. Die Bürokratie zieht sich wie ein roter Faden durch die anderen Fragen. Es ist gesagt worden: Wir wollen mehr Transparenz. Was für uns als Europa-Union nicht immer positiv war - in der Europunion sehen wir das nämlich ein bisschen anders - war, dass zur Türkei die Antworten negativ waren: „Jetzt noch nicht“, „gar nicht“ oder etwas ähnliches wurde dort geschrieben. Es gab natürlich auch ein paar Gegner von Europa, die dann dazugeschrieben haben: „Abschaffen“ oder schlicht „nein“. Aber wir wollten ja auch nicht nur Antworten von Leuten haben, die Europabefürworter sind.

Es gab bei den Antworten zu Fragen, wo etwas selbst ausgefüllt werden konnte, ein paar Bereiche, die mehrfach genannt wurden: Stärkung des Europäischen Parlaments, Europakunde in den Schulen, Europawochen in den Schulen, Veranstaltungen in den Schulen, mehr Medienpräsenz und - was ich auch sehr gut fand - Subsidiarität einhalten, das heißt Kontur vor Ort behalten. Insbesondere unsere Vertreter der deutschen Minderheit in Südschleswig, aber auch die Vertreter der dänischen Minderheit bei uns in Schleswig-Holstein sind genau der Meinung. Sie sagen auch: Innerhalb von Europa müssen die Kultur bewahrt und die Minderheiten geachtet werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der mehrfach genannt worden ist. Das Gleiche gilt für die Aufklärung über den Nutzen von Europa. Wie nutzt das denn den Menschen?

Ich glaube, die Sachen, die zur Verfassung gesagt werden, sind durch die geschichtliche Entwicklung im Augenblick überholt.

Eine Antwort will ich Ihnen aber nicht vorenthalten. Einer war ganz pfiffig und hat gesagt - mit ihm habe ich auch etwas länger diskutieren dürfen -: In eurem Fragebogen setzt ihr Europäische Union und Europa gleich. Damit hat er recht. Aber wie soll man das in der Kürze eines Frage-

bogens anders machen? Das hat er beanstandet, Unrecht hat er nicht.

Wir haben uns bei der Fragebogenauswertung auch gefragt: Wie soll es denn nun weitergehen? Was bringt uns das Ergebnis? Ich finde, viele Anregungen aus der Befragung zwingen dazu, weiterzumachen, sowohl für den Ausschuss des Parlamentes als auch für uns in der Europa-Union. Liebe Astrid, ich wollte schlicht und einfach sagen: Wir sind dabei. Lass uns zusammen überlegen, was wir machen können, insbesondere im Bereich der Information. Da geht es nicht nur um Veranstaltungen und Pressearbeit, es geht dabei sicherlich auch um die Einbindung von Fachbereichen, nicht nur von Schule und Unterricht, sondern wir müssen sehen, dass wir die Betriebe mit einbeziehen, dass wir Fortbildung mit einbeziehen, dass wir den Verbraucherschutz mit einbeziehen. Ich sehe außerdem noch einen weiteren sehr guten Ansatz: Durch die neue Förderung der Europäischen Union im Bereich der Kommunen sind alle gezwungen, die daran teilhaben wollen, sich in sogenannten Aktivregionen zu organisieren, einer Region die zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner umfassen sollte. Dadurch haben wir den gesamten kommunalen Bereich in Richtung Europa und natürlich auch in eigener Richtung - was sollte vernetzt vor Ort passieren - in Bewegung. Das ist eine große Aufgabe.

Ich bedanke mich sehr herzlich beim Europaausschuss für die Initiativen, bei unseren Leuten vor Ort für das Engagement und die Zeit, die Sie geopfert haben, und bei Ihnen für die Geduld, dass Sie uns zugehört haben.

(Beifall)

Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

Vielen Dank, Jens Ruge und Susan Baumgart, für die Präsentation der Ergebnisse. Es ist sehr interessant gewesen, das noch einmal zu sehen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, jetzt sind Sie mit Ihren Anregungen und Fragen dran. Sie können sich jetzt einbringen. Ich sehe die erste Wortmeldung von Herrn Tabbert.

Jürgen Tabbert: Frau Vorsitzende, mein Name ist Jürgen Tabbert. Ich bin Mitglied der Europa-Union Deutschland seit 50 Jahren, so lange wie die Römischen Verträge bestehen. Ich habe die ganzen Jahrzehnte über ein starkes Interesse und habe das auch als 83-jähriger Rentner heute noch. Was mich an der Idee, die ich als jüngerer Mann nach dem Kriege begeistert aufgegriffen

habe: „Grenzen weg, Friede untereinander!“, heute bedaure, sind drei Punkte, die ich gern anführen möchte. Erstens. Die große Arbeitslosigkeit bei 27 Staaten, die Mitglied der EU sind, nämlich fast 23 Millionen. Das sind Menschen, da geht es um Schicksale und Familien.

Zweitens. Warum muss subventioniert werden, wenn täglich frisches Gemüse und Obst in Afrika auf dem Markt landet? Das kann ich nicht verstehen. Das schafft dort Arbeitslosigkeit. Das sollte nicht subventioniert werden.

Drittens. In einer Demokratie muss dem Europäischen Parlament mehr Gewicht beigemessen werden. Das ist der entscheidende Faktor und nicht die Staats- und Regierungschefs, die das Schicksal bestimmen wollen.

Viertens. Ich wünsche mir eine bessere Überwachung der Milliarden, die von der Europäischen Union ausgegeben werden, denn da scheint mir einiges im Argen zu liegen.

(Beifall)

Johannes Beisiegel: Ich bin Mitglied bei Attac. Wir haben uns um das Thema Europa seit der Auseinandersetzung um die Verfassung bemüht und eingebracht. Wir haben auch in Frankreich und in den Niederlanden unsere Freundinnen und Freunde bei den Voten gegen die Verfassung unterstützt. Das hat uns oft den Vorwurf eingebracht, wir seien Anti-Europäer. Das stimmt nicht. Attac selbst ist nicht nur ein weltweites, sondern auch ein europäisches Netzwerk. Wir sind aber gegen die Ausrichtung und die Orientierung der Verfassung, die deshalb abgelehnt wurde.

An Ihrer Auswertung der Fragebogen hat mir sehr gut gefallen, dass zum Schluss mehr Informationen der Bürger und mehr Bürgerbeteiligung erreicht werden soll. Das ist auch unser Anliegen, erst recht nach dem Ergebnis des Brüsseler Gipfels und der deutschen Ratspräsidentschaft, die leider dadurch gekennzeichnet war, dass sie hinter dem Vorhang stattgefunden hat und erst zum Ende sehr viele Details bekannt wurden. Dieses Europa, das geheime Absprachen trifft und mit Erklärungen und Ergebnissen an die Öffentlichkeit tritt, wollen wir nicht. Wir wollen einen europäischen Bürgerinnen- und Bürgerprozess über die Zukunft Europas. Wir haben europaweit aus 18 nationalen Netzwerken heraus zehn Prinzipien erarbeitet, wie dieses zukünftige Europa als Prozess gestaltet werden soll. Dort ist die demokratische Teilhabe, die Transparenz und natürlich auch die Partizipation, die Bürgerbeteiligung für uns entscheidend wichtig. Zu groß

sind die Gegensätze, die unterschiedlichen Vorstellungen und kulturellen politischen Traditionen unserer europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ein Beispiel: Die Menschen in den jungen europäischen Mitgliedstaaten - ich nenne sie so - kommen aus der langen Tradition eines anderen politischen Großsystems. Sie wollen erst einmal ihre nationalen Identitäten und Eigenheiten und auch ihre politische Selbstständigkeit haben. Trotzdem müssen wir uns in Europa darüber verständigen, wie das zukünftige Europa aussehen soll. Das ist eben nicht nur das Europa der Unternehmen, sondern auch der Arbeitnehmer und der Bürgerinnen und Bürger. Wir laden dazu alle, die Interesse haben, ein, in die Diskussion mit uns einzutreten und wir sind dafür sehr offen.

Abschließend zu dem Ergebnis von Brüssel möchte ich sagen: Wenn die Europäische Union es nicht schafft, den Prozess 2009 mit einem Referendum über das, was nun abgeschlossen ist, zu verbinden, sehen wir es so, dass die Europawahl 2009 ein Referendum gegen dieses Europa werden wird.

(Beifall)

Andreas Meier: Mein Wortbeitrag hängt mit dem vorherigen zusammen. Ich bin auch Mitglied bei Attac. Ich kann das alles unterstreichen, möchte aber noch einen Aspekt benennen. Herr Bonvini von der Europäischen Kommission hat uns aufgefordert, uns aktiv und kritisch an der europäischen Vereinigung zu beteiligen. Wenn man sich vor dem Hintergrund dieser Aufforderung die Ergebnisse von Brüssel anguckt, ist Brüssel eine Katastrophe.

Sie haben auch noch gesagt, dass die Deutschen Glück gehabt haben, weil die Brüsseler Beschlüsse einen großen Abstand zu den Referenden hatten. Ich frage mich aber, was das für ein Demokratieverständnis ist. In den Referenden sind die Verfassungen abgelehnt worden. Die Ablehnung bezog sich auch auf wesentliche Inhalte der Verfassungen, die neoliberale Orientierung, der Mangel an sozialer Abfederung, und so weiter. Ich möchte das gar nicht im Einzelnen aufzählen. Es gab jedenfalls fundierte Kritik an dieser Verfassung. In Brüssel rühmt man sich geradezu damit, dass man diese Verfassung sozusagen durch die kalte Küche erhalten hat. Ich denke, dass es nicht angeht, dass in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden diese Verfassung abgelehnt wird, und dann mit kosmetischen Tricks die Verfassung durch die kalte Küche wieder eingeführt wird. Wenn Sie so mit demokratischen Institutionen und dem Bürger-

willen umgehen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Europa am Interesse der meisten Leute vorbeigeht. So kann man das nicht machen. Wie Kollege Beisiegel schon sagte: Wir wollen ein vereinigtes Europa, aber es muss wesentlich demokratischer dadurch sein, dass man Referenden ernst nimmt und mehr Referenden einführt. Und es muss auch sozialer werden.

Egon Bauermann: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich habe drei Anmerkungen. Erstens. Es war in den 60er Jahren, als die ersten Gastarbeiter aus der Türkei in Köln eintrafen. Man brauchte dringend Bergarbeiter und andere Hilfskräfte, um den Bedarf an Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland zu decken. Heute leben mittlerweile vier bis sieben Millionen türkische Bürgerinnen und Bürger hier in der Bundesrepublik. Das hat sich seit 1990 vergrößert. Die neuen Begebenheiten, die durch die großen politischen Veränderungen seit 1990 vor allem in Osteuropa aufgetreten sind und die europäische Idee de Gaulles und Adenauers, die vor allem von einem vaterländischen Gedanken getragen war, der heute keine so zentrale Rolle mehr spielt, stehen in einem echten Spannungsverhältnis. Dies ist vor allem so, da auch die alten Mitglieder der Europäischen Union, zum Beispiel Frankreich und Holland, zunächst sehr skeptisch waren, besonders im Hinblick auf die vorläufige Verfassung.

Zweitens. Um die Skepsis der Nachbarn zu überwinden, würde ich bei uns in der Bundesrepublik Deutschland einen Volksentscheid begrüßen, der sonst nicht zugelassen ist, um der Einmaligkeit und der großen Bedeutung der Frage nach Europa Raum zu geben.

Drittens. Zum Schluss unterstütze ich die Ansicht der Bundeskanzlerin, dass eine Vollmitgliedschaft der Türkei aus vielen Gründen nicht in Frage kommt, zum Beispiel weil wir das Abendland sind und dort das Morgenland ist. Ich frage, ob Herr Stresemann zu Zeiten des Völkerbundes nach 1918 heute der gleichen Ansicht sein und die Europäische Union so weit nach Osten und Asien ausdehnen wollen würde?

Karl Friedrich von Bülow: Ich bin Unternehmer außer Dienst und ich höre jetzt, dass 75 % unserer Gesetze bereits in Brüssel gemacht werden. Dann müssten doch eigentlich die Gesetzgeber in Berlin und in den Landtagen zu 75 % arbeitslos sein. Welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

(Heiterkeit - Beifall)

Jens Kreutzfeld: Ich bin Vorsitzender des Kreisverbandes der Jungen Europäischen Föderalisten in Kiel. Ich würde gerne zwei Bemerkungen zu meinen Vorrednern von Attac machen. Zunächst möchte ich ihnen meinen Respekt dafür aussprechen, dass sie sich für eine gerechtere Welt engagieren. Es gibt sicher Vieles, was an der Europäischen Union kritikwürdig ist. Dennoch möchte ich darauf hinweisen: Sie erwähnten die beiden Referenden in Frankreich und den Niederlanden und sagten, die Verfassung sei klar abgelehnt worden, und es sei undemokratisch, dennoch damit fortzufahren. Es muss doch nicht extra darauf hingewiesen werden, dass dies nationale Referenden waren, und zwar zwei von insgesamt 27 Staaten, von denen 18 Staaten die Verfassung bereits ratifiziert haben. Das finde ich demokratisch.

(Beifall)

Des Weiteren geht es um die Rolle von Organisationen wie Attac. Ihr Kollege hat gesagt, dass Attac oft vorgeworfen wird, dass es antieuropäisch sei. Ich glaube, es würde den Zielen der Organisation sehr entgegenkommen, wenn Sie, was mir aus Ihren Äußerungen bisher nicht eingängig ist, zwischen der Europäischen Union und den EU-Programmen, die vielleicht nicht so funktionieren, wie sie sollten, differenzieren würden. Im Hinblick auf die von Ihnen angesprochene Möglichkeit eines Referendums 2009 zur Verfassung würde ich sagen: Die Gefahr eines Plebiszit gegen Europa könnte vielleicht ein wenig dadurch gemildert werden, dass Organisationen wie Attac ihre Verbindungen dafür nutzen, die Bürger auch über Europa zu informieren, damit sie, wie unser italienischer Gast gesagt hat, auf der Grundlage von Informationen entscheiden können und nicht auf der Grundlage von Vorurteilen.

(Beifall)

Jan Diedrichsen: Ich komme vom Bund Deutscher Nordschleswiger. Ich habe eine Bemerkung und dann eine Frage. Meine Bemerkung aus Sicht der Minderheit in Europa - Herr Ruge, Sie hatten das kurz angesprochen - zum gescheiterten Verfassungsvertrag: Wir haben als Minderheiten sehr große Hoffnungen vor allem in das Wort Verfassung gesetzt, da die Minderheiten zum ersten Mal im Grundrechteteil erwähnt wurden. Daher möchte ich nochmal vonseiten der Minderheiten in Europa unterstreichen, dass es für uns ein Quantensprung gewesen wäre und bei uns Enttäuschung eingetreten ist.

Es ist klar, dass Europa ein Projekt des Kompromisses ist. Aber für die Minderheiten, die sich immer eher an den Europarat als Interessenvertreter gewandt haben, ist es ein Schritt rückwärts, dass die EU das, was nach langen Kämpfen aufgenommen wurde, nun nicht als Verfassungsvertrag hat.

Meine Frage zielt in eine ähnliche Richtung. Ich habe mich selbst an den Plänen der EU-Kommissarin Wallström beteiligt, am white book „Zukunft Europa und Plan D“. Jetzt gibt es eine Veranstaltung, bei der sich die Staats- und Regierungschefs zusammensetzen und im Prinzip Entscheidungen treffen, obwohl vorher immer gesagt wurde, man müsse das mit dem Bürger gemeinsam machen. Die Kommission ist da meiner Ansicht nach mit ihren Ansätzen zurückgeschoben worden.

(Beifall)

Dr. Werner Busch: Ich bin Präsident der Association internationale des Professeurs de Philosophie. Wir arbeiten auf europäischer und übereuropäischer Ebene. Ich möchte das von der ganz großen Ebene der Verfassungsdiskussion, die zwischen dem Bürger und der großen Ebene eine große Spannung zeigt, etwas auf die Landesebene herunterbrechen. Ich frage mich, ob unsere Institutionen im Land wirklich auf die Größe Europas vorbereitet sind, und zwar vor dem Hintergrund der Tatsache, dass alle 16 Bundesländer in Bildungsfragen souverän sind. Sie sind souverän und stehen in ihrer Bildungssouveränität neben allen anderen europäischen Staaten. Bei unseren Gesprächen auf europäischer Ebene beneide ich immer den Kollegen aus Finnland. Er vertritt 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Er ist für seine 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger immer in Brüssel, immer bei der UNESCO, sagt immer, was in den finnischen Schulen gemacht wird. Wenn wir gefragt werden, was wir in Deutschland machen, sagen wir, dass das in Bayern so, in Baden-Württemberg so und in Schleswig-Holstein so gemacht wird. Beim vierten Bundesland sagt der Gesprächspartner oft: Hört auf, das interessiert mich nicht. Die Frage ist, ob sich unsere Institutionen wirklich auf die Größe und auf die Struktur Europas eingestellt haben. Ich kenne teilweise den inneren Betrieb unserer Ministerien und das, womit sie sich selbst beschäftigen. Meine Frage ist: Wie können unsere Institutionen auf den Prozess in Europa so effektiv vorbereitet werden, dass auch unsere Bürgerinnen und Bürger unserer Verfassung gemäß effektiv vertreten werden?

(Beifall)

Karl Otto Meyer: Ich habe folgende Frage: Am 14. Januar diesen Jahres konnte man in der „Welt am Sonntag“ einen zweiseitigen Artikel lesen. Die Überschrift über beiden Seiten lautete: „Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland.“ Ein solcher Satz sollte doch eigentlich zu Diskussionen zwischen den Politikern in Deutschland und Deutschlands Nachbarstaaten führen. Das war aber nicht der Fall. Der Mann, der diesen Satz geschrieben hat, war nicht irgendjemand, sondern Roman Herzog, der ehemalige Bundespräsident und der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes in Westdeutschland. Kann man so etwas einfach überhören? Kann man dem nur mit Schweigen begegnen? Ich frage die Politiker, die hier im Podium sitzen: Kann man uns dieses Schweigen erklären? Ich verstehe das nicht. Er hat so viele Verbesserungsvorschläge in diesem Artikel vorgetragen, die man wohl diskutieren könnte. Aber es herrscht nur Schweigen im Walde. Eine Woche später schrieb Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag, man müsse von dem Gedanken weggehen, einen europäischen Bundesstaat zu bilden. Ich stimme darin mit ihm überein. Aber wenn wir keinen europäischen Bundesstaat wollen, brauchen wir auch keine Europäische Verfassung. Das ist logisch. Sind Sie da mit mir einer Meinung?

Die letzte Frage lautet: Kommen wir in Deutschland endlich dazu, dass wir gewillt sind, eine Volksabstimmung durchzuführen, wenn wir eine europäische Verfassung wollen? Es gibt Politiker, die sagen, dass nichts über Volksabstimmungen in der Verfassung steht. Das stimmt nicht. In Artikel 146 des Grundgesetzes steht klipp und klar: „Dieses Grundgesetz (...) verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Eine neue Verfassung in freier Entscheidung des deutschen Volkes, also eine Volksabstimmung. Können die Politiker heute erklären, dass es nur eine EU-Verfassung nach Abstimmungen in Deutschland, in Dänemark und in den anderen Mitgliedstaaten geben wird? Dann könnten wir von Demokratie reden.

(Beifall)

Michael Landeck: Mein Name ist Michael Landeck vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt. Ich habe eine grundsätzliche Frage zur Arbeitsmarktpolitik auf Basis des Grünbuchs Arbeit Europa, also aufgrund des Lissabon-Prozesses. Da gibt es eine Ungleichzeitigkeit, die

darin besteht, dass sie in letzten Jahren Anpassungsprozesse in den Arbeitsmärkten und den Entlohnungsbereichen vieler Sparten innerhalb Europas hatten, zum Beispiel Angleichung ungarischer, tschechischer, polnischer und deutscher Entlohnungen, die aber trotzdem nicht soweit fortgeschritten sind, dass sie mit den unterschiedlichen Lebensstandards standhalten. Parallel dazu haben wir in den Unternehmen steuerliche Erleichterungen und Schlupflöcher durch Tochterunternehmen und Ähnliches, haben aber nicht die gleiche Chance für Arbeitnehmer. Das heißt, dass wir Arbeitnehmer nur stückchenweise - zum Beispiel 2.000 Krankenschwestern aus Polen für die gesamte Bundesrepublik in den Jahren 2003 und 2004 - hier auf den Arbeitsmarkt lassen, den dann aber wieder abschotten. Meine Frage ist: Es gibt hier in der Gegend eine ganze Anzahl von Firmen, die ausländische Arbeitnehmer zu Tausenden beschäftigen und nicht unsere Sozialstandards einhalten, aber Arbeitnehmer, die sich frei orientieren und nicht dem Regionalentlohnungsprinzip unterliegen, einstellen. Da muss ein anderes Denken einsetzen. Da muss gesagt werden, dass man viel stärker auf die Aushandlung der Sozialpartnerschaft bei Löhnen achtet.

Herr Christiansen: Ich wollte wenigstens einmal im Landtag gesprochen haben!

(Heiterkeit)

Es gibt in Dänemark eine Partei, die links von der Sozialdemokratie steht: SF - Sozialistisk Folkeparti. Die waren auch Gegner der Europäischen Union. Inzwischen haben sie sich berichtigt und sagen: Die Europäische Union ist eine Tatsache, also versuchen wir jetzt, das Beste daraus zu machen. Ich finde, dass das ein vernünftiger Standpunkt ist, denn wenn man etwas verändern will, nützt es nichts, nur dagegen zu sein, sondern man muss versuchen, die eigenen Ideen durchzusetzen, wo immer man es kann.

(Beifall)

Das andere ist, dass es wirklich interessant wäre, von den gestandenen Europegegnern, deren Meinung ich respektiere, eine Aufzählung zu hören, was in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union schlechter geworden ist, seit diese Länder der Europäischen Union angehören. Ich glaube, dass es nicht allzu viele Punkte gibt und dass das Positive überwiegen wird.

Zuletzt ist für mich das Verhältnis der Minderheiten zur Europäischen Union sehr wichtig. Es gibt nur zwei Länder in Europa, die keine Minderheiten haben, und das sind Portugal und Island. Alle anderen Länder haben ihre Minderhei-

ten. Wir müssen nicht nur nach Osten gucken, wo es anscheinend vielen Minderheiten nicht gut geht und das zurecht angeprangert wird. Wir können auch nach Frankreich gucken: Da darf kein Bretoner Bretoner sein, er hat Franzose zu sein. Da liegt noch viel im Argen und auch da kann die Europäische Union helfen. Ich glaube, dass die Minderheiten in Europa in einer Europäischen Union besser aufgehoben sind als in den Nationalstaaten.

(Beifall)

Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

Jetzt würde ich gern in eine Beantwortungsrunde eintreten und möchte gern Herrn Bonvini als Erstem das Wort erteilen.

Valerio Bonvini, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin: Zunächst zur Grundrechtecharta: Für mich ist es einfach zu sagen, dass das kein Schritt zurück ist, sondern nur ein Schritt zur Seite,

(Heiterkeit)

weil die Grundrechtecharta in allen Mitgliedstaaten - mit Ausnahme von Großbritannien und eventuell in Polen und Tschechien - rechtsverbindlich sein wird. Dazu wird es noch kommen.

Zur Frage, ob sich die Kommission zur Seite gedrängt fühlt: Ich denke - sehr wahrscheinlich wird mein Generaldirektor, mein Kommissar, damit nicht einverstanden sein -, dass die Kommission Teil der Exekutive ist. Wir müssen die Sachen vorbereiten, die Entscheidung treffen andere Institutionen. Das sehe ich wirklich so. Ich sage immer: Ich arbeite nicht für meinen Referatsleiter, ich arbeite nicht für meinen Generaldirektor, ich arbeite nicht für meinen Kommissar, ich arbeite für Europa. Vielleicht denken einige, das ist demagogisch, aber ich denke wirklich so.

Also, am Ende ist klar, dass Frau Wallström das alles organisiert hat, den Plan D. Man wollte keinen Plan D haben, sondern die Verfassung sollte so verabschiedet werden. Als das gescheitert ist, hat sie gesagt: Okay, dann Plan D.

Wir haben das organisiert, wir haben Themen gesammelt, wir haben aber keinen abschließenden Einfluss darauf, was dabei herauskommt. Ich habe bis in den Abend hinein gesessen und auf der Website „Zukunft für Europa“ Berichte über Berichte gelesen, hunderte von Nachrichten gelesen, nacherzählt und weitergeleitet. Aber es ist

dann nicht Frau Wallström, die entscheidet, was gemacht werden soll.

Das gilt meiner Meinung nach auch für das Thema Referendum. Ist es demokratisch, ohne Referendum zu entscheiden, ist es undemokratisch, ohne Referendum zu entscheiden? Das können nur die Mitgliedstaaten für sich selbst entscheiden. Man kann nicht sagen, dass es undemokratisch ist und fordern, dass Brüssel es entscheiden oder erzwingen sollte, ein Referendum durchzuführen. Das wäre wirklich eine schlechte Voraussetzung. Es gibt in Brüssel keine Mama, die die Mitgliedstaaten dazu zwingen kann, Sachen zu machen, die sie nicht machen wollen. Wenn Italien oder Deutschland nicht ein Referendum durchführen wollen, können oder sollen, weil es unterschiedliche Regelungen gibt, dann müssen die Bürger der Mitgliedstaaten ihre Politiker davon überzeugen, dass es demokratischer ist. Aber es kann keine Instanz in Brüssel entscheiden und einen Mitgliedstaat zwingen, ein Referendum durchzuführen.

Ich denke auch, es ist sehr schwer, ein Referendum zu organisieren und die europäischen Bürger zu überzeugen oder es ihnen einfach nur zu erklären.

Die Verfassung war auch ein politischer Kompromiss. Ich habe Kollegen, die Rechtsanwälte für die Kommission sind, die gesagt haben: Viele Artikel in unserer Verfassung sind ein Kompromiss und können so, so oder so interpretiert werden. Deshalb können alle zustimmen. Deshalb war das, was bei dem Konvent herausgekommen ist, für alle akzeptabel. Wie schon in der Vergangenheit waren einige Verträge ratifiziert, dann haben die Unternehmer geklagt und der Gerichtshof hat dann entschieden, was die richtige Interpretation ist. Es ist also sehr, sehr schwer zu sagen, dieser Artikel meint das oder das. Das ist nicht einfach. Nicht dass das nicht notwendig wäre, aber bisher gab es nicht genug Druck, zu einer eindeutigen Formulierung durch die Mitgliedstaaten zu kommen. Das kommt aber nicht von Brüssel, das haben die Mitgliedstaaten selbst entschieden. Einige Mitgliedstaaten haben gesetzliche Regelungen, die es erlauben, die Verfassung durch das Parlament zu verabschieden. Das ist ohne große Probleme zum Beispiel in Italien so passiert. In anderen Staaten, zum Beispiel in Luxemburg, gab es ein Referendum und die Bürger haben Ja gesagt. Ich finde das gut. Man muss die Leute sensibilisieren und dann die Regeln ändern. Aber das kann nicht von Brüssel kommen, nicht von dieser Institution.

(Beifall)

Hartmut Hamerich, CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind uns darüber einig geworden, dass nicht jeder von uns allen zwölf Fragestellern oder zu allen zwölf Statements antwortet, denn dann würden wir das Kaffeetrinken auf 23:59 Uhr verlegen müssen. Das wäre außerdem auch langweilig. Deshalb suchen wir uns jeder das eine oder andere heraus und versuchen, darauf eine Antwort zu geben.

Als erstes, Herr Tabbert, zur Arbeitslosigkeit: 22 Millionen Arbeitslose in der EU sind selbstverständlich 22 Millionen Schicksale. Das zunächst einmal zu Ihrer Feststellung. Ich glaube aber, dass wir in einem vereinten Europa - das zeigt sich jetzt gerade schon im deutsch-dänischen Grenzland - eher in der Lage sein werden, dagegen etwas zu unternehmen, als wenn jeder Staat es souverän versucht. Wenn ich sehe, dass nördlich der dänischen Grenze eine Arbeitslosigkeit von 4,8 % - ich glaube das ist die aktuelle Zahl -, also eigentlich eine Vollbeschäftigung im Sinne des Wortes besteht, wir hier in der Region Flensburg dagegen auch Arbeitslosigkeit von 18 bis 19 % haben, bin ich schon froh darüber, dass jetzt über die Grenzen hinweg versucht wird, das zu regeln.

Ich habe auch ein Problem mit Subventionen, ich habe ein Problem damit, dass hier Gemüse subventioniert wird, um nachher in einem anderen, nicht europäischen Land auf den Markt gebracht zu werden. Vielleicht kennen Sie auch die komische Zuckerverordnung: südafrikanische Staaten liefern Zucker auf den deutschen Markt. Das sind teilweise WHO-Vereinbarungen, die uns sehr viel Kopfzerbrechen bereiten. Ich glaube, die werden wir so schnell aber nicht ausräumen können. Im Bereich der deutschen Landwirtschaft oder EU-Landwirtschaftspolitik sind wir auf einem richtigen Weg, aber das ist langsam gewachsen, das wird auch langsam abgebaut. Wenn ich an die Milchquotenregelung oder Ähnliches denke, glaube ich, dass es Zeit wird, dass wir uns in der Landwirtschaft einfach nur dem Weltmarkt stellen, aber unter den gleichen Bedingungen in allen Mitgliedstaaten.

Überwachung der Ausgaben: Ich glaube, das kann die Europäische Kommission oder das Europäische Parlament besser beantworten als wir. Dafür sind wir nicht die richtigen Ansprechpartner, die haben ihren eigenen Haushalt.

Zu den Statements von Attac sage ich nichts, das sind für mich Statements gewesen. Ich respektiere das, jeder hat seine Meinung.

Herr von Bülow, Sie haben recht, 75 % der Gesetze werden in Brüssel gemacht. Nichtsdestotrotz muss die eine oder andere Verordnung oder das eine oder andere Gesetz für die Bundesrepublik Deutschland oder für das Land Schleswig-Holstein entsprechend angepasst werden. Wir haben auch Gesetze, die wir hier im Landtag Schleswig-Holstein verabschieden und dennoch gibt es Kreisordnungen, Gemeindeordnungen et cetera. Das wird schon passend gemacht. Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, dass wir nur noch 1:1 umsetzen wollen und nicht mehr draufsatteln wollen. Wir haben in der Vergangenheit das Problem gehabt, dass der eine oder andere im Ministerium in Berlin glaubte, das noch ein bisschen besser zu können als die Bediensteten in Brüssel, und dann der ein oder andere in Kiel meinte, das was der in Berlin kann, kann ich noch viel besser. Wir wollen aus 100 % nur noch 100 % werden lassen und nicht mehr 180 %. Das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben.

(Beifall)

Zu den Referenden in Frankreich und Holland, Herr Kreutzfeld: Ich glaube nicht, dass diese Referenden so negativ ausgefallen sind, weil alle mit der EU so unzufrieden waren. Diese Referenden sind so ausgefallen, weil viele mit der nationalen Politik in Frankreich und Holland nicht einverstanden waren.

(Beifall)

Ich sage Ihnen deutlich, zu dem damaligen Zeitpunkt wäre ein Referendum in Deutschland auch negativ ausgefallen. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich glaube, wenn wir den europäischen Gedanken ein bisschen mehr nach außen tragen und tatsächlich versuchen, die Bürger teilhaben zu lassen an einer europäischen Verfassung, die lesbar und verständlich für den Bürger ist, dann wird auch die Akzeptanz eine andere werden.

Dann habe ich noch die Frage von Herrn Busch zu den verschiedenen schleswig-holsteinischen Institutionen hier stehen. Ich glaube, die Bundesrepublik Deutschland hat es sich nicht ausgesucht, dass wir ein föderales System haben. Das ist uns 1946/47 von den Alliierten auferlegt worden. Sie haben gesagt, dass es ein föderales System in Deutschland geben wird. Sie haben natürlich recht, dass das Bildungssystem in Finnland wesentlich flexibler ist und es dadurch für das gesamte finnische Land wesentlich einfacher ist als mit der föderalen Bildungspolitik in Deutschland, wo ich 16 Landesparlamente habe, die das

regeln sollen. Wenn man darüber nachdenkt, dass der eine oder andere berufsbedingt von Schleswig-Holstein nach Bayern oder Baden-Württemberg umzieht, muss man sagen, der hat ein bildungspolitisches Problem. Das ist mir vollkommen klar. Ich glaube, darauf müssen aber auch die Kultusministerkonferenzen ein bisschen intensiver eingehen. Auf der anderen Seite ist natürlich der Vergleich zwischen Finnland und einem Bundesland in Deutschland nicht so ganz passend. Wir haben viele Bundesländer, die einwohnermäßig wesentlich größer sind als das Land Finnland. Das ist nicht so ganz passend. Das Land Finnland wird im Zusammenhang mit der Diskussion über die PISA-Studie immer wieder herangezogen. Dort gibt es jedoch ein völlig anderes System, es wird eine wesentlich höhere Summe für die Bildung pro Kopf in Finnland ausgegeben. Das System dort ist auch anders organisiert und läuft anders als bei uns. Es gibt einen Wettbewerb unter den Schulen und und und. Aber Sie haben das Problem sicherlich richtig erkannt. Es ist schwierig und wir sind unflexibel, wenn 16 Landesregierungen, 16 Bildungs- oder Kultusminister versuchen, die Systeme aufeinander abzustimmen und anzupassen. Das ist im Bereich der Bildung natürlich besonders kritisch zu sehen. Das sehe ich ähnlich.

Ich möchte damit schließen, um nicht alle Fragen beantworten zu müssen.

(Beifall)

Rolf Fischer, SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Ich möchte auch nur einige Fragen auswählen. Zum einen möchte ich darauf hinweisen, dass wir nach den Beschlüssen des Europäischen Rates vor einer neuen Situation in Europa stehen. Sie ist nicht gänzlich neu, vieles ist ja schon rechtsverbindlich geworden, wie zum Beispiel die Grundrechtecharta, aber die Diskussion, die wir führen müssen, ist dadurch, dass es nun keine Verfassung gibt, sondern nur einen Vertrag, einen Änderungsvertrag, eine andere. Deshalb bin ich auch etwas vorsichtig, die Idee des Referendums - die man mit einem Verfassungsvertrag gut begründen könnte, indem man sagt, die Menschen müssen sich mit einer Verfassung identifizieren, deshalb sollten sie auch darüber abstimmen - im Kern weiter so zu führen. Ich wäre interessiert daran zu erfahren, was Sie davon halten. Worüber soll das Referendum, das Bürgerbegehren, der Bürgerentscheid oder das Volksbegehren - allein das sind schon vier verschiedene Begriffe, die ich mir hier aus den einzelnen Beiträgen notiert habe; das sind

aber sehr unterschiedliche Instrumente - denn überhaupt stattfinden? Wenn man sich schon einmal auf ein Instrument einigen würde - denn sie sind sehr unterschiedlich, zum Teil sind sie verbindlich, zum Teil stellen sie nur ein Meinungsbild dar -, müsste weiter geklärt werden, worauf es sich überhaupt beziehen soll. Auf die Grundrechtecharta, die schon abgestimmt wurde, die rechtsverbindlich ist? Das ist eine Entscheidung, über die wir uns natürlich freuen, dahinter braucht man nicht zurückgehen. Wir könnten sie zwar noch um Minderheitenrechte erweitern, das wäre eine Überlegung, über die wir gern noch einmal reden können, aber dass diese Grundrechtecharta, die im Ursprung eine Verfassung ist und in dem ehemaligen Verfassungsvertrag auch der Verfassungsteil war, dass sie rechtsverbindlich ist, ist unbestritten. Ich habe von niemandem hier gehört, dass er die Grundrechtecharta infrage stellt. Dann brauchen wir darüber eigentlich auch kein Referendum mehr, sondern da können wir nur sagen: Wir freuen uns, dass das so ist.

Ein Referendum über den Organisationsteil, also über die Verträge, wie sich Europa organisiert: Mit doppelten Mehrheiten, mit Abstimmungsreichen Subsidiarität, die Frage, was ist das eigentlich? - Darüber ein Referendum? - Ich weiß es nicht, aber über eine Geschäftsordnung braucht man eigentlich kein Referendum durchzuführen. Ich habe deshalb das Gefühl, dass die Diskussion über die Frage der Beteiligung inzwischen weitergegangen ist und weiter ist, als sie noch vor dem Brüsseler Gipfel war.

Soweit ich weiß - vielleicht irre ich mich aber auch - ist im Grundgesetz auch keine Möglichkeit für eine Volksabstimmung vorgesehen, außer in dem Fall, das Grundgesetz selbst aufzuheben - das ist das, was Karl-Otto Meier zitiert hat - oder in dem Fall, die Ländergrenzen neu zu regeln. Das sind die einzigen zwei Bereiche, für die das Grundgesetz das vorsieht. Aus der Ausschließlichkeitsklausel könnte man eigentlich ableiten, dass damit ein solches Instrument im Grundgesetz gar nicht vorhanden ist. Deshalb müssten wir zunächst einmal eine Diskussion darüber führen, ob wir ein Referendum, ein Bürgerbegehren, ein Volksbegehren, ein Volksentscheid - alles sehr unterschiedliche Instrumente mit unterschiedlichen Quoren - in das Grundgesetz einfügen wollen, ehe wir das Referendum zu Europafragen diskutieren.

Ich glaube, dass diese Diskussion ein bisschen an Aktualität verloren hat. Wir sollten jetzt stärker über die Inhalte der rechtsverbindlichen Grund-

rechtscharta diskutieren und sie öffentlich machen, und zwar wir alle, die damit befasst sind.

Ich muss doch aufpassen. Wenn man hier vorne auf den Regierungsbänken sitzt, neigt man noch mehr dazu, länger zu reden, als auf den Abgeordnetenbänken. Die Regierung hat immer zehn Minuten Redezeit, wir nur fünf Minuten.

(Heiterkeit)

Ich mache es jetzt ein bisschen kürzer. Ich möchte gern die Frage von Herrn Landeck aufnehmen, weil sie auch ein bisschen mit der Frage von Herrn Tabbert zu tun hat, wenn ich das richtig gesehen habe. Sie bezog sich auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Situation der Arbeitnehmer in dem neuen Europa - wenn ich das einmal so eng zusammenfassen darf. Das ist eines der zentralen Probleme, vor denen wir stehen. Da gibt es noch keine Lösung. Das liegt einfach daran, dass das ein Bereich ist, in dem die nationalen Parlamente sich in den letzten Jahren haben absolut nicht reinreden lassen. Sie haben ihre Sozialsysteme und ihre Arbeitsmarktpolitik fortführen wollen, ohne von Brüssel reguliert zu werden. Ich glaube, es ist ein Fortschritt in den Köpfen, aber auch auf dem Papier, dass es gelungen ist, das, was europäische Sozialagenda, europäische Sozialcharta, heißt, so zu verankern, dass man zumindest die Diskussion darüber beginnt. Ich möchte aber nicht wissen, was passieren würde, wenn Brüssel wirklich eine Entscheidung fällen würde und den einzelnen nationalen Staaten vorschreiben würde, wie sie ihre nationale Arbeitsmarktpolitik regulieren sollen. Ich glaube, wir sind jetzt dabei, mit den ersten Schritten, Step by Step, eine Diskussion über das zu führen, was eine europäische Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik im weitesten Sinne ist.

Ich denke - wenn ich den Aspekt noch hinzufügen darf -, dass es eine große Aufgabe der europäischen NGOs auf der europäischen Ebene ist, wenn Sie so wollen, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Unternehmensverbände, der Sozialpartner - wenn ich die einmal so nennen darf - diese Diskussion anzustoßen. Das kann nicht nur die Politik, das richtet sich auch an die europäischen Vertreter der NGOs. Im Übrigen sind in der neuen Verfassung ja die Grundrechte wie Streikrechte und Gewerkschaftsbildung verankert. Das ist in anderen Ländern nicht so selbstverständlich wie das bei uns ist.

Mein letzter Punkt: Ich glaube nicht, dass Europa der richtige Rahmen für die Minderheitenpolitik ist. Ich glaube, wir müssen das zunächst einmal auf der nationalen Ebene lösen, dann müssen wir

Beispiele schaffen und dann müssen wir mit den anderen darüber ins Gespräch kommen. Denn der Umgang mit Minderheiten ist in allen europäischen Ländern sehr, sehr unterschiedlich. Es gibt zum Beispiel eine Tradition in Estland, trotzdem ist die aktuelle Situation unter Minderheitsgesichtspunkten dort bestimmt nicht befriedigend.

Ich möchte außerdem noch einmal darauf hinweisen: Alle haben Minderheiten, aber nicht alle Staaten bekennen sich zu ihnen. Wenn man sich die Diskussion in Frankreich und Griechenland anschaut, muss man sagen, dass noch sehr viel mehr Bewusstseinsbildung in dieser Frage, sehr viel mehr Sensibilität entstehen muss, wie wir sie jetzt eigentlich schon von den osteuropäischen Staaten verlangen. Insofern ist es richtig, diese Diskussion auch einmal zu nutzen, um auf sich selbst zu schauen.

Das ist also zunächst einmal Aufgabe der Nationalstaaten und dann eine Aufgabe, die europäisch geregelt werden muss.

(Beifall)

Anke Spoorendonk, Mitglied des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, zunächst auf die Fragebogenaktion. Ich fand die Präsentation sehr beeindruckend und auch die Bemerkung dazu, dass man mit 800 Antworten eigentlich schon eine Art repräsentative Umfrage hat. Sie ist aber nicht so repräsentativ, weil diejenigen, die sich mit der Fragebogenaktion befasst haben, schon diejenigen sind, die vielleicht etwas mehr wissen als andere und ein großes Interesse an der Europäischen Union haben. Aber es ist trotzdem bemerkenswert. Es ist ein Novum, dass wir so eine Veranstaltung durchführen, dass wir so eine Fragebogenaktion durchführen. Ich glaube, das sollte man noch einmal hervorheben und noch einmal einen Dank an diejenigen richten, die das möglich gemacht haben.

Aus der Fragebogenaktion ging ja als wichtiger Punkt auch das Problem der fehlenden Bürgernähe der Europäischen Union hervor. Ich denke, das ist immer noch ganz wichtig und nicht zuletzt vor dem Hintergrund des letzten EU-Gipfels noch wichtiger geworden. Ich kann nur demjenigen - das war Jan Diedrich - Recht geben, der sagte, auf der einen Seite haben wir einen EU-Gipfel, so wie wir ihn kennen, nämlich hinter verschlossenen Türen. Alle Teilnehmer kommen spät nachts aus dem Zimmer, treten mit Rändern unter den Augen vor die Presse und sagen: Wir haben es wieder einmal geschafft. Auf der anderen Seite haben wir dann das, was wirklich in den

Mittelpunkt gestellt werden sollte, die Bemühungen für mehr Bürgernähe, für mehr Transparenz und für mehr Beteiligung. Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Zu dem Thema Transparenz und zu dem, was auch Karl-Otto Meier vorhin ansprach: Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir endlich einen Kompetenzkatalog bekommen: Wofür sind die nationalen Parlamente zuständig, wofür ist die EU-Ebene zuständig. Durch den neuen Reformvertrag bekommen die nationalen Parlamente mehr Einfluss. Das ist schon einmal positiv. Auch das Europäische Parlament bekommt mehr Einfluss. Klar ist aber, dass nur durch mehr Transparenz und durch eigene Kompetenzkataloge, durch gelebte Subsidiarität, das verhindert werden kann, was Roman Herzog in dem genannten Zeitungsartikel ansprach.

Nur durch mehr Transparenz wird auch das zu verhindern sein, was jetzt immer wieder geschieht, nämlich dass Politik mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofes gemacht wird. Ich finde, das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung und dem müssen wir alle gegensteuern. Ein Weg dorthin ist die schon genannte Transparenz und die begrenzten Kompetenzen.

Zu dem neuen Reformvertrag: Ich glaube, auch da muss man sagen, dass wir es inhaltlich wirklich mit dem zu tun haben, mit dem wir es schon in dem Verfassungstext zu tun hatten. Es wurde gesagt, dass diejenigen Länder, die schon ein Referendum zu der eigentlichen EU-Verfassung durchgeführt haben, natürlich nicht hinnehmen können, dass jetzt große Änderungen zum Tragen kommen. Ich glaube, das wird richtig gesehen. Deshalb müssen sich die EU-Staatschefs auch den Vorwurf gefallen lassen, dass im Grunde genommen - ich will nicht sagen: gemauschelt - man jetzt so tut, als hätte man es mit etwas ganz Neuem zu tun. Es ist jedoch das, was wir schon in den Referenden in den Niederlanden und in Frankreich hatten. Darum sage auch ich: Wir müssen einen Weg dahin finden, dass die Menschen beteiligt werden. Das ist nur mithilfe eines Referendums möglich. Wir wissen, dass das natürlich nicht einfach ist.

Damit bin ich bei meinem letzten Punkt. Das kann nur dadurch geschehen, dass mehr Informationen an die Menschen weitergegeben werden. Mit Informationen meine ich nicht die PR-Arbeit, ich meine nicht das, was im Moment läuft, nämlich den Versuch, die EU sexy zu machen. Das meine ich nicht. Ich meine Diskussionen, einen offenen Gedankenaustausch so wie wir ihn heute zum Beispiel haben und die Wei-

tergabe von Informationen, damit man darüber diskutieren kann. Ich glaube, nur so wird man letztlich weiterkommen und deutlich machen können, wo für die Menschen ein Nutzen liegt und was eigentlich nur EU-Ideologie ist. Ich glaube, davon muss man wegkommen. Man muss konkret diskutieren und den Leuten deutlich sagen, was letztlich für sie dabei herauskommt.

Damit bin ich dann auch bei der sozialen Dimension. Das ist mein letzter Punkt. Ich denke, es ist wichtig, das als Grundwert oder Grundrecht zu verändern. Es kann jedoch keiner vom SSW oder von mir verlangen, dass ich hier die Meinung vertrete, alles soll jetzt über die EU geschehen. Es ist wichtig, dass die nationalen Parlamente immer noch die Möglichkeit haben, im sozialen Bereich eigene Modelle zu leben und weiterzuentwickeln. Ansonsten würde das skandinavische Wohlfahrtsmodell in der EU untergehen. Das ist nicht das, was ich will.

Wir müssen hier sagen: Wichtig ist, dass man die soziale Dimension als gemeinsames EU-Recht anerkennt und dass die Werte anerkannt werden. Aber natürlich müssen daneben auch die nationalen Ebenen zum Tragen kommen.

Also: Entscheidend ist, dass wir mit dieser Bürgeranhörung einen offenen Gedankenaustausch wagen. Wir haben diesmal nicht nur die üblichen Verdächtigen eingeladen, sondern wirklich offen eingeladen. Ich finde, das ist schon einmal ein anderer Ansatz. Nur so können die Beteiligungs- und Partizipationsrechte von Menschen gestärkt werden.

(Beifall)

Detlef Matthiessen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Einen schönen Gruß von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an Sie alle!

Vielleicht eingangs noch der Hinweis, damit das hier nicht zu groß-koalitionär wird: Die Ursprungsidee zu dieser Initiative des Europaausschusses ging von Anke Spoorendonk aus, die einen entsprechenden Antrag im Landtag gestellt hat - ein bisschen getrieben vielleicht auch durch die kritische Diskussion, die in Deutschland gelaufen ist, letztendlich ja aber auch erfolgreich gelaufen ist.

Auch wir sind für eine Volksabstimmung über eine Verfassung. In dem Moment, wo ein Staat sagt, er entäußere sich souveräner Rechte, ist es eine notwendige Konsequenz, darüber einen

Volksentscheid durchzuführen, denn das ist etwas ganz Substanzielles.

Zur Bildung ist schon einiges gesagt worden. Ich glaube, nicht die Kleinteiligkeit der Bildungspolitik ist das Problem, sondern eher die Qualität. Wir brauchen in Europa gemeinsame Standards und daran anschließend einen Wettbewerb der Systeme. Ich darf daran erinnern, dass einige Bundesländer in Deutschland sehr viel größer sind als so manche Nationalstaaten. Vielleicht kann man darin eine Art Holprigkeit sehen, aber es muss nicht unbedingt einen systemimmanenten Schaden bedeuten, dass wir mit einer großen Mannschaft antreten. Aber zum Beispiel das bundesweite Abitur oder einen europäischen Standard in den Ausbildungsprüfungen sind Bereiche, in denen auch ein Wettbewerb der Systeme stattfinden sollte. Das kann sehr befruchtend sein.

Von Herrn Landeck ist der Arbeitnehmersaustausch in Europa angesprochen worden. Die Sozialstandards in Europa müssen dann angeglichen werden. Es ist anzustreben, dass die Einzahlung in die sozialen Systeme und Steuern in den jeweiligen Ländern, wo die Arbeit stattfindet, dann dort geleistet wird. Wir haben uns landespolitisch bemüht - das kommt nächste Woche - durch Verlängerung des Tarifreuegesetzes und durch die Ausdehnung auch auf andere Berufsgruppen, dem ein Stück weit Rechnung zu tragen, nicht zuletzt aus Wettbewerbsgründen, um Wettbewerbsgleichheit zu schaffen.

Die Grundrechtecharta ist verbindlich. Das ist schon gesagt worden. Meiner Meinung nach, Herr Diedrichsen, gilt das dann auch für die Minderheitenpolitik - bis auf die „Ausreißerländer“. An dem Rahmen hat sich nicht viel geändert, nur an einem Klang - sagen wir es einmal so - in der Positionierung der Grundrechtecharta. Letztendlich ist aber durch einen Quervermerk die Rechtsverbindlichkeit sichergestellt worden. Herr Bonvini hat ja schon darauf hingewiesen und verdeutlicht, wie das manchmal bei solchen Kompromissen läuft.

In der Befragung ist sehr deutlich geworden, dass die Klima- und Energiepolitik im Ranking von den Befragten hinter der Friedenspolitik auf Rang zwei für die Bedeutung von Europas gesehen wird. Das fehlt bisher gänzlich. Es gibt keine gemeinsame Energiepolitik Europas - ich sehe jetzt manche kritisch die Stirn runzeln -, obwohl es natürlich viele Vorschriften gibt. Sie leiten sich aber alle aus dem Wettbewerbs- und Handelsrecht ab oder aus dem Umweltrecht. Ich bin der Meinung, dass wir dies als gemeinsame eu-

ropäische Politik vertraglich auch absichern sollten, um die gemeinsamen Ziele, die wir auch auf anderen Politikfeldern, wie zum Beispiel im Klimaschutz definieren, dann auch besser erreichbar zu machen.

Insgesamt sehe ich Europa als einen großen Friedensprozess. Ich glaube, in dem Sinne, wie du das ausgeführt hast, dass Europa auch ein Stück weit ein Gegenmodell zu den USA ist. Hier ist es ein freiwilliger Zusammenschluss nach Regeln, die dann aber auch jeder akzeptieren muss. In den USA geht das in eine andere Richtung. Ich will nicht das Wort Imperialismus in den Mund nehmen, aber ein deutscher Politiker hat einmal gesagt: Sie betreiben eine robuste Rohstoffsicherungspolitik. Das ist etwas anderes als das, was wir mit Europa beschreiten. Europa streckt die Hand aus, untereinander und natürlich auch zu den Nachbarn. Es ist gut so, dass wir uns gemeinsame Regeln geben, denn der größte Wunsch der Menschen - das hat auch die Befragung ergeben - ist der Wunsch nach Frieden. Da spielen nationale Irrationalismen eine Hauptrolle. Ich erinnere an den Balkankrieg, der fand in Europa statt. Und das, was wir in Polen an Politik in der jüngeren Vergangenheit erleben, würde ich hart am Rande des Irrationalismus ansiedeln. Es ist gut, dass auch Polen sich diesen Regeln - dann auf der Zeitschiene etwas nach hinten geschoben - unterwerfen will. Insofern ist für mich Europa insgesamt ein großer Friedensprozess.

(Beifall)

Dr. Ekkehard Klug, FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Meine Damen und Herren, an dieser Stelle besteht natürlich immer die Gefahr, dass schon alles gesagt worden ist, nur noch nicht von jedem. Im Bewusstsein dieser Gefahr will ich versuchen, noch einige Punkte anzusprechen. Ich beginne mit einer Forderung, die Herr Tabbert eingangs erhoben hat und der ich mich ausdrücklich anschließen möchte, nämlich der Forderung nach einem größeren Gewicht für das Europäische Parlament. Dazu gehört als zusätzliche Ausführung, dass wir in der Europapolitik das Übergewicht der Regierung - also des Ministerrats - und der Verwaltung - also der EU-Kommission - im Prozess der europäischen Rechtsetzung zurückdrängen. Das ist spiegelbildlich verbunden mit einem verstärkten Einfluss der Parlamente. Da setze ich jetzt hinzu: nicht nur des Europäischen Parlaments. Wir müssen auch die Rolle der nationalen und in den Bundesstaaten auch der regionalen Parlamente in den Blick nehmen. Ich meine, die europäische Ebene - das gehört zu dem, was ich eben sagte,

unabdingbar hinzu - muss in Zukunft darauf verzichten, alles Mögliche bis ins Detail zu regeln, also eine Art zentralistischen Zugriff auf politische Gestaltung auszuüben. Anke Spooren-donk hat es vorhin angesprochen.

Ich möchte nochmal die Stichworte Subsidiarität und Begriffe ins Gespräch bringen, die im Zusammenhang mit der Verfassungsdiskussion und im Hinblick auf bessere Rechtsetzung - mit anderen Worten Verzicht auf ein Übermaß an bürokratischer Regulierung - eine wichtige Rolle gespielt haben. Für mich ist der Gedanke der Subsidiarität politisch ein ganz wichtiger Gedanke. Gelebte Demokratie ist in Europa beziehungsweise der Europäischen Union ohne einen eigenen politischen Gestaltungsraum auf nationaler und regionaler Ebene nicht möglich. Das ist mein Credo. Ich denke, dass politische Großgebilde, die versuchen, alles zentralistisch zu regulieren, immer zu einer Form von despotischer Regierung ausarten. China und Russland lassen grüßen. Politische Großgebilde, die sich über einen langen Zeitraum positiv als Demokratien entwickelt haben - Stichwort USA -, bestehen durch eine Beschränkung der Macht der Zentrale - also der Bundesebene - und legen viel Gewicht auf die Gestaltung der einzelnen Staaten und auch im lokalen Rahmen. Das ist für mich auch im Sinne von Checks and Balances ein Grundprinzip einer demokratischen Ordnung. Ich bekenne, dass ich in diesem Sinne nicht nur ein deutscher, sondern auch ein europäischer Föderalist bin. Wir brauchen eine Austarierung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten in Europa zwischen Brüssel beziehungsweise Straßburg auf der einen Seite und der nationalen und der regionalen Ebene auf der anderen Seite. Und dann kommen auch die vorhin angesprochenen Landesparlamente in Deutschland mit ihrer Rolle wieder ins Spiel.

Eine kurze Anmerkung zum Thema Volksabstimmung: Wir haben in der Diskussion über die Ratifizierung des Verfassungsvertragsentwurfs hier in diesem Parlament zusammen mit dem SSW schon 2005 einen Antrag eingebracht, in dem wir eine Volksabstimmung auch in Deutschland über den EU-Verfassungsvertragsentwurf gefordert haben. Ich sage es ausdrücklich: Ich weiß, dass eine solche Volksabstimmung - das haben die Erfahrungen in Frankreich und den Niederlanden gezeigt - auch mit einem Risiko verbunden ist, weil dort natürlich auch zum Teil - und damit widerspreche ich den Rednern von Attac - nicht nur Vorbehalte, die europapolitisch begründet sind, im Stimmverhalten zum Ausdruck kommen, sondern es ist in beiden Ländern

nach meinem Dafürhalten - und es gibt auch Untersuchungen dazu - zu einem Gutteil auch eine Protestentscheidung gegen die jeweilige nationale Politik gewesen. Das ist das Risiko, das ich ausdrücklich einräume. Das spräche für eine Position gegen die Volksabstimmung. Aber das Pro ist für mich einfach von größerem Gewicht. Deshalb haben wir damals diesen Antrag gemeinsam mit dem SSW eingebracht. Wir müssen weg von einer Europapolitik, die sich in erster Linie als Projekt der politischen Eliten darstellt. Wir müssen hin zu einer Europapolitik, die den Bürger insgesamt mit einbezieht und anspricht. Das ist in einer Demokratie nicht möglich, ohne das man die politische Teilhabe etwa in einer Volksabstimmung auch ganz konkret ermöglicht. In diesem Sinne ist ein Europa, das aktiver alle Bürger anspricht, eine Zielsetzung, die wir alle mit den unterschiedlichsten Möglichkeiten, die wir haben, verstärkt anstreben müssen.

(Beifall)

Egon Bauermann: Ich bin erfreut, dass FDP und SSW das Thema Volksabstimmung so begrüßen. Ich wusste gar nichts mehr vom Antrag von 2005. Aber auch der ehemalige Abgeordnete des SSW, Herr Meyer, hat das in seinem Diskussionsbeitrag befürwortet. Es wäre schön, wenn das bei vielen Politikern - besonders bei den sogenannten großen Parteien CDU und SPD - in den Diskussionen auch im Bundestag mehr greifen würde. Denn das sind die entscheidenden Themen, die dann aufkommen.

Zum zweiten stellt sich die Frage - und da muss ich mich an Jens Ruge wenden, der früher mal in diesem Haus als Landtagsabgeordneter tätig war -: Die FDP hat in ihrer Wahlpropaganda einmal über ein Bundeskulturministerium gesprochen.

(Abg. Dr. Ekkehard Klug: Das ist Jahrzehnte her!)

Na gut, es ist vorbei, dass man das fordert, weil wahrscheinlich zu viele Widerstände in diesem Land existieren. Ich kann als einfacher Bürger, der nicht im Landtag oder anderen Parlamenten, sondern höchstens einmal im Stadtparlament war, nicht wissen, warum man auf einmal in der FDP anderer Meinung ist. Aber ich würde sagen, dass es für Europa wichtig wäre, weil unsere Nachbarn - zum Beispiel Finnland oder andere Mitgliedsländer der Europäischen Union - in Bezug auf ihre Kultur- und Bildungspolitik dieser Meinung sind. Man schreibt ja heute in der Wahlpropaganda oder in den Mitteilungen für die Bundestagswahl schon viel über Bildung. Das

müsste das vorherrschende Thema im nächsten Wahlkampf sein. Das wäre auch richtig. Das müsste vielleicht auch so geschehen.

Der Volksentscheid - das habe ich in meiner Frage eben auch begründet - ist für mich eminent wichtig. Gerade wegen der Grundrechtecharta stellt sich die Frage, warum man von dem Begriff Verfassung in Europa abgehen wird. Tut man das nur, um bei einem ähnlichen Ergebnis zu landen wie damals beim Grundlagenvertrag mit der DDR, der auch zunächst etwas anderes war als später?

Hans Heinrich Hansen: Herr Fischer, ich möchte Ihrer Aussage, Europa sei kein Forum für Minderheiten, widersprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer)

Ich möchte sehr stark betonen, dass wir in einer Region leben, in der sehr gute Verhältnisse herrschen. Diese sind anderswo in Europa nicht vorzufinden. Wenn wir daran denken, dass einer der wesentlichsten Punkte der Befragung Frieden und Freiheit waren, dann frage ich noch einmal, wie man sich vorstellt, dass Frieden und Freiheit in Europa auf Dauer gesichert werden können, wenn keine Rücksicht auf die Minderheiten genommen wird. Wir haben doch alle miterlebt, was sich im Balkan abgespielt hat und alle wissen, dass das ausgesprochene Minderheitenprobleme gewesen sind. Da kommt mir wiederum in den Sinn, mit welchem Maßstab hier in Europa gemessen wird. Wenn wir uns also vorstellen - und das ist Fakt -, dass Malta als Nationalstaat mit 600.000 Einwohnern gilt und natürlich einen Kommissar und mindestens vier Abgeordnete im Europaparlament hat, und nebenher - nur als Vergleich - 600.000 Ungarn in der Slowakei nichts zu sagen haben, sondern im Gegenteil mit nationalistischen Worten beschimpft werden, doch bitte das Land zu verlassen, dann zeigt das die Diskrepanz und die unterschiedlichen Maßstäbe, mit denen hier in Europa gemessen wird. Es ist höchste Zeit, dass man Rücksicht darauf nimmt, dass jeder siebte Bürger in Europa einer Minderheit angehört. Das ist noch viel zu wenig in den Köpfen der Leute präsent. Ich glaube, eine Debatte wie wir sie heute geführt haben, kann auch dazu beitragen, dass uns bewusst wird, dass nur durch eine vernünftige Integration von Minderheiten in die Region - und da bin ich absoluter Anhänger des Subsidiaritätsprinzips - ein friedliches Europa aufgebaut werden kann.

(Beifall)

Michael Landeck: Bevor sich bei mir eine komische Grundstimmung einstellt, die SPD sei

nicht für Arbeitnehmerfragen zuständig, würde ich gern noch einmal nachhaken. Das Arbeitnehmerentsendegesetz und das Tariftreuegesetz sind gute und richtungsweisende Geschichten. Aber sie betreffen immer nur Teile. Ich denke, dass man das Mächteverhältnis hier nicht einfach auf Kirchen oder andere Institutionen hin verändern kann. Auch die Gewerkschaften haben nur noch einen geringen Anteil an der Vertretungsmacht für die Arbeitnehmerschaft. Es muss durch die Parteien und die Politik stärker wahrgenommen werden. Das heißt, dass wir nicht nur sicherheits- und energiepolitische Fragestellungen - also zum Beispiel die Durchleitung von Gas und Öl durch die Ukraine und Weißrussland - gegen die Öffnung der Arbeitsmärkte in Europa in die Waagschale werfen. Ich finde, dass das diskutiert werden muss.

Bernhard Hildebrand: Ich möchte noch einmal auf den Fragenkatalog, und zwar den Punkt 8 eingehen. Da erscheint mir besonders wichtig, dass bei der Altersgruppe bis 20 Jahre die Information verbessert werden könnte und sollte. Das ist mir persönlich ein sehr großes Anliegen. Ich glaube, das kann ganz entscheidend die Zukunftsfähigkeit - das ist unser Thema heute - in Europa fördern. Da ist meines Erachtens die Bildung sehr gefragt. Es ist aus meiner Sicht entscheidend, dass im Unterricht noch wesentlich stärker die europäische Dimension eingebracht wird, wohlwissend, dass in den Lehrplänen natürlich die europäische Dimension enthalten ist. Die Stundenanteile sind aber zu gering. Die Kollegen, die das realisieren müssen, müssen mit ganz wenig Stunden auskommen, um die europäischen Fragen zu behandeln. Das ist einfach beileibe nicht ausreichend. Wir brauchen also mehr Unterrichtsstunden in den einzelnen Klassen und Altersjahrgangsstufen. Das muss in den Lehrplänen deutlich verbessert werden. Im gleichen Atemzug gehört natürlich auch dazu, dass die, die das unterrichten sollen, entsprechend gut ausgestattet sind. Ich meine auch, dass es zu einer Regelmäßigkeit in der Vermittlung europäischer Inhalte kommen sollte. Da haben wir die Europawoche, die gibt es. Es sollte gelingen, dass in jeder Schule und in jeder Klasse ein Tag lang nur Europa in den unterschiedlichsten Belangen behandelt wird. Ich bin auch der Meinung, dass das schon in den Kindergärten anfangen sollte. Wir müssen ein Herz für Europa wecken und das lässt sich bekanntlich mit der jungen nachwachsenden Generation viel besser machen. Das wäre mir ein ganz großes Anliegen.

(Beifall)

Johannes Beisiegel: Ich will noch einmal kurz etwas zu den Rückmeldungen sagen. Der Reformvertrag ist umbenannt worden, weil eine Verfassung nicht durchsetzbar war. Was allerdings darin steht ist das Gleiche, was auch im Verfassungsentwurf stand, mit geringfügigen Änderungen. Es soll kein europäisches Symbol oder Emblem wie eine Fahne oder Hymne mehr geben. Ich denke aber, dass Informationspolitik und Informationsaustausch schon hier anfangen muss. Sie sagten alle, dass wir jetzt eine neue Grundrechtscharta haben. Das stimmt nicht. Die verabschiedete Charta gilt in den Ländern nur im Rahmen der Artikel, die auch schon durch nationale Verfassungen abgedeckt sind. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, das vielleicht etwas erstaunlich erscheint: In der Grundrechtscharta ist ein Passus enthalten, der Zwangsarbeit verbietet. Wenn dieser Passus bei uns Gültigkeit hätte - und jetzt zitiere ich Professor Wolfgang Däubler, einen bekannten emeritierten Arbeitsrechtler -, dann würde es bei uns schwierig werden, den Zwang zu Ein-Euro-Jobs weiter durchzusetzen. Dieser Passus gelte nach der Regelung eben nicht. Das wäre noch einmal weiter zu bedenken, was sich daraus an weiteren Folgen ergibt. Man muss bedenken, was es für politische Auswirkungen hat, wenn die Grundrechtscharta nur die nationalen Verfassungen abdeckt und das, was an weiteren Aspekten hinzukommt, auslässt.

Ich denke, dass wir die Debatte um die Zukunft Europas brauchen, auch nach dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Militäreinsätzen, weil das Verfassungsgericht wieder klipp und klar bestätigt hat, dass es eine entgrenzte Verteidigungspolitik gibt. Ich denke, dass es eine ganz neue Dimension ist, die wir nicht nur aus deutscher, sondern auch aus europäischer Sicht betrachten müssen. Last but not least, eine Zustimmung für Europa wird auf diesem Vertragswerk nicht basieren und wir als europäische Attac-Netzwerke sagen kurz und bündig: Es ist ein Vertrag gefunden worden, der die weitere Handlungsfähigkeit der europäischen Union sicherstellt, die Zukunft Europas müssen wir in einem neuen Prozess beginnen. Der sollte bei Null beginnen und mit einem neu zusammengesetzten Konvent, der viel breiter die europäischen Kräfte beinhaltet und stärker die NGOs berücksichtigt, die Diskussion um die Zukunft Europas beginnen. Daraus sollten sich dann wechselseitig Abstimmungen und Entscheidungen ergänzen.

Leif Nielsen: Wenn man eine solche Debatte hört, rotiert das Gehirn ein bisschen und dann

muss man feststellen, was man in den letzten 50 Jahren miterlebt hat. Die Idee, ein vereintes Europa zu schaffen, war natürlich toll. Wir, die Nachkriegsgeneration, waren begeistert und haben uns voll dafür eingesetzt, dass wir dieses Europa bekommen. Ich gehöre einer Minderheit an und diese Minderheit ist auch für die Vielfalt der Regionen in Europa. Das müssen wir fördern.

Aber als ganz gewöhnlicher Bürger, der jetzt im Pensionsalter ist, muss ich doch sagen, dass das Demokratieverständnis in der Europäischen Union etwas nachgelassen hat. Wir machen einen Fehler: Wir sind dadurch geschwächt, dass nicht genügend in politische Bildung investiert wird. Das ist ein ganz großer Fehler. Das Geld wäre fantastisch gut ausgegeben. Ich meine, dass damit auch ein Gutteil von Missverständnissen und Kriegen verhindert werden könnten, wenn man mehr investieren würde, anstatt mit Waffengewalt Menschen zu töten, was für uns alle, die wir hier im Saal sind, abscheulich ist. Geld investieren, vorausschauend sein, Visionen haben, wie man Probleme lösen kann. Als junge Menschen bekamen wir zunächst die EWG, später wurde die Freihandelszone gegründet als Gegengewicht und dann hat man sich trotzdem gefunden. Jetzt ist die EU entstanden. Ich meine, dass wir hier in Europa nur eine Zukunft haben, wenn wir ständig die nachwachsenden Generationen mitreißen und begeistern können und auf eine demokratische Weise mit ihnen diskutieren und das verbreiten. Es wird in Brüssel sehr viel Stroh gedroschen. Das ist schade.

Wenn ich im Dorf meinen Nachbarn erzähle, dass ich in Kiel war und an einer Diskussion über Europa teilgenommen habe, dann ist das für viele Menschen auf dem Land weit weg. Das ist in Brüssel. Wir, die wir im südlichen Zipfel Dänemarks leben, finden, dass schon Kopenhagen weit weg ist. Und dann Brüssel erst! Wie soll ich ihnen erklären, warum Europa zusammenfinden soll. Meine Argumentation ist dann zuerst immer, dass es sich gezeigt hat, dass wir Frieden geschaffen haben und in Frieden miteinander leben. Das ist schon sehr viel wert. Aber wir haben sehr viele kulturelle Unterschiede in Europa. Denken Sie einmal an den Norden Schleswig-Holsteins und an den Südzipfel Siziliens. Und dann denken Sie einmal an den Osten. Die neuen EU-Bürger mussten zunächst einmal Demokratie lernen und sollen sich jetzt für Europa begeistern. Wir haben viel damit zu tun, den Menschen das beizubringen und sie das zu lehren und mit ihnen zu argumentieren. Lasst uns also investieren in mehr politische Bildung und darüber aufklären, was unsere Parlamentarier zu Hause, aber auch in

Brüssel machen. Viel zu oft fehlt eine Verdeutlichung dessen, was in Brüssel passiert.

(Beifall)

Egon Bauermann: Ich habe an die Runde eine Kurzfrage. In der ganzen Diskussion heute Nachmittag ist zu meiner Frage 3 über die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa und die Meinung der Bundeskanzlerin, die nur für Assoziierung ist und nicht für die Vollmitgliedschaft, kein Wort gefallen. Ich wüsste gern die Meinung aller Parteien zu dieser Frage.

Dr. Ekkehard Klug, FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Für mich ist klar: Jeder europäische Staat, der im Sinne der Kopenhagener Kriterien EU-kompatibel ist, der unseren Maßstäben von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entspricht, muss Mitglied der Europäischen Union werden können. Die Türkei erfüllt diese Anforderungen nach meiner Auffassung derzeit nicht. Das ist eine Kritik auch daran, dass man trotzdem derzeit Verhandlungen führt. Ich glaube, die EU muss aufpassen, dass sie nicht ihre eigenen Maßstäbe und Ansprüche ad absurdum führt, wenn sie permanent die Augen zu drückt. Man hat schon bei der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien mindestens ein, wenn nicht sogar zwei Augen zuge drückt. Klare Ansage: Es müssen die Maßstäbe, die sich die Europäische Union selbst für ihre Mitgliedstaaten für die innere Verfassung gesetzt hat, auch von denen erfüllt werden, die Mitglieder werden wollen.

(Beifall)

Europa in den Lehrplänen: Ich glaube, dass es in den unterschiedlichsten Fächern vielfältige Möglichkeiten gibt, um europäische Frage und Themen in den Unterricht einzubeziehen. Ich glaube, dass es viele Schulen gibt, die wirklich fantastische Arbeit leisten, die Europaschulen vorneweg. Wir haben heute auch ein Beispiel erlebt. Generell möchte ich mich der Forderung anschließen, dass mehr politische Bildung - auch im Sinne der Information über europäische Themen und Inhalte - stattfinden muss. Es geht aber nicht nur um eine bessere Information oder Aufklärung. Die Politik der EU beziehungsweise die Europapolitik insgesamt muss in sich überzeugender werden und ein höheres Maß an Akzeptanz hervorrufen können. Dann wird sich das andere auch ergeben. Dazu gehört einerseits das, was ich vorhin zu den Themen bessere Rechtsetzung und Subsidiarität gesagt habe, andererseits aber auch, dass wir versuchen müssen, die Förderprogramme der Europäischen Union noch stärker als bisher auf

die Unterstützung gemeinsamer, also grenzüberschreitender Vorhaben in Europa auszurichten. Es darf nicht mehr um die Frage gehen, wie viel das einzelne Clubmitglied aus der gemeinsamen Vereinskasse für sich zurückholen kann. Es muss darum gehen, wie viele Mittel verwendet werden, um Projekte der EU-Mitgliedsländer, die gemeinsame Probleme anpacken, zu realisieren.

In der gemeinsamen Arbeit bei der Lösung von Problemen und Aufgaben steckt ein ungeheures Maß an Sinnstiftung. Diese Sinnstiftung brauchen wir, um europäische Identität in den kommenden Jahren wieder stärker nach vorn zu bringen. Die Europäische Union ist durch den Erweiterungsprozess, der in den letzten Jahren sehr schnell vollzogen wurde, natürlich heute in einer etwas schwierigeren Situation als vorher. Die Heterogenität spüren wir - wie bei den letzten Gipfelverhandlungen - ständig. Wir müssen uns also auch darum kümmern, dass mehr europäische Identität von unten nachwächst. Dann werden die Regierungen auch einer politischen Willensbildung aus der Bevölkerung mit mehr gemeinsamer Arbeit und der Lösung gemeinsamer Probleme zukünftig stärker Rechnung tragen. Das ist meine feste Überzeugung.

Detlef Matthiessen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Zur Frage der Türkei möchte ich mich der Meinung anschließen. Es gab hier im Landtag auch eine Mehrheit dafür, einen Gottesbezug in die Europäische Verfassung aufzunehmen. Das war eine der wenigen Gelegenheiten, die ich genutzt habe, um mich außerhalb des Fraktionsvotums zu positionieren. Die Fassung, über die damals debattiert worden ist, hätte Allah nicht ausgeschlossen. In der Deutschen Verfassung steht aber: Wir geben uns diese Verfassung in Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Ich war gerade in der Türkei und habe dort erlebt, wie heterogen dieses Land ist. Das Land hat bereits sehr große Schritte gemacht. Das muss man auf der anderen Seite anerkennen. Trotzdem sind sie auch aus meiner Sicht noch sehr weit von der Beitrittsfähigkeit entfernt. Die Menschen beginnen allerdings, darüber etwas enttäuscht zu sein und sich abzuwenden. Also im Moment gibt es einen gewissen roll-back, auch ein klein bisschen durch den Islamismus beeinflusst. Trotzdem bin ich dafür, die Tür nicht zuzumachen, sondern die Signale auf come-in zu stellen. Denn ich denke, im Sinne dieses Friedensprozesses, den ich vorhin angesprochen habe, wäre es sehr gut, uns auch in die Richtung zu erweitern.

Herr Hildebrand und der Vertreter aus Nord-schleswig haben noch einmal die politische Bildung angesprochen. Ich glaube, im Unterricht könnte etwas mehr EU-Bildung vermittelt werden. Aber bei meinen Kindern und deren Freunden beobachte ich, dass das kein Problem ist. Ich finde, das, was da zu beobachten ist, ist dramatisch anders als meine Kindheit und Jugend. Die Maxi hat sich beispielsweise überlegt, studiere ich in Kopenhagen, in St. Gallen oder Madrid. Das war eine ganz einfache Überlegung. Sie ist ein deutsches Mädel in Europa, das mehrere europäische Sprachen spricht. Das gilt nicht nur für sie, sondern auch für ihre Freunde. Beispielsweise sind in der Lerngruppe, in der sie jetzt in Kopenhagen, wo sie studiert, Mitglied ist, drei Nationalitäten vertreten. Die sind ganz anders davor. Frühere Generationen sind noch vom Krieg und von den Erschütterungen des Krieges geprägt. Die Nachkriegsgeneration hat Europa ganz anders begriffen. Wir sind da so mit reingewachsen. Meine Eltern wären nie darauf gekommen, mich als Dithmarscher Bauerssohn nach Amerika zu schicken. Das war gar keine Dimension in ihrem Denken. Sie sind selbst nur zweimal in ihrem Leben in den Urlaub gefahren. Bei der Generation, mit der wir es jetzt zu tun haben, müssen wir uns keine Sorgen machen, was ihre Orientierung angeht, zumindest was die Eliten hier in Deutschland anbelangt.

Zu Herrn Landeck habe ich mir noch etwas aufgeschrieben. Für uns hatte ich Position bezogen, indem ich sagte, die Sozialstandards müssen gleich sein. Es muss eine Normierung hinsichtlich der Sozialstandards in Europa geben. Dann müssen wir uns um solche Dinge keine Sorgen machen. Der Wettbewerb findet häufig über die Grenzen hinweg statt, häufig über Öko-Dumping oder Sozial-Dumping. Damit muss durch gemeinsame Normierungen Schluss gemacht werden. Dann habe ich auch überhaupt keine Bedenken hinsichtlich einer Öffnung der Arbeitsmärkte. Die Länder, die dort vorangeschritten sind, sind zumindest von ihren Wirtschaftsdaten her eher überzeugende Beispiele, wenn ich beispielsweise an Irland oder England denke, die von der Möglichkeit der Beschränkung auch nicht Gebrauch gemacht haben. Wir sind damit sehr gut gefahren.

Anke Spoorendonk, Mitglied im SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Als es die erste Erweiterungsrunde der EU gab, wurde deutlich, dass alle neuen EU-Länder die Kopenhagener Kriterien nicht nur akzeptieren, sondern auch leben müssen. Das ist weiterhin das Kriterium, das auch, wenn es um die Frage der Türkei geht,

ausschlaggebend sein muss. Der SSW spricht sich also für den Beitritt der Türkei in dem Moment in die Europäische Union aus, wo nachweislich die Kopenhagener Kriterien umgesetzt werden.

Damit meine ich auch, dass diese Kriterien nicht nur als rein formale Vorschriften hingenommen werden dürfen - so, wie das bei der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien geschehen ist -, sondern aus unserer Sicht muss auch wirklich kritisch überprüft werden, ob diese Kriterien eingehalten werden.

Ein weiteres Problem ist, dass die Kopenhagener Kriterien nur für die neuen EU-Mitgliedstaaten gelten, die alten brauchen sie nicht umzusetzen oder zu berücksichtigen. Das führt dazu, dass wir in Sachen Minderheitenpolitik in der EU bisher nicht weitergekommen sind. Deshalb kann ich nur das unterstützen, was Hans-Heinrich Hansen vorhin sagte und gleichzeitig darauf aufmerksam machen, dass da auch das Europäische Parlament gefragt ist. In Sachen Minderheitenpolitik ist es der Europarat, der für Europa Maßgebliches geleistet hat. Daneben gibt es natürlich auch noch den Ausschuss der Regionen. Ich hörte letzts, dass das Europaparlament es nicht zulässt, dass sich Europaparlamentarier in ihrer eigenen Sprache an den Debatten beteiligen. Die Katalanen dürfen im Europaparlament nicht katalanisch reden. Ich denke, da müsste man beginnen. Im Ausschuss der Regionen ist das schon möglich, aber im Europäischen Parlament nicht. Diese sprachliche, kulturelle Vielfalt muss auf jeden Fall gelebt werden. Außerdem ist Minderheitenpolitik aktuelle europäische Politik und natürlich auch eine EU-Politik.

Zu dem Punkt, dass die europäische Gemeinschaft auch als soziale Gemeinschaft wichtig ist: Auch aus unserer Sicht ist wichtig, dass wir soziale Standards in die Europäische Union hineinbekommen. Ich sagte vorhin schon, dass diese sozialen Standards nicht dazu führen sollen, dass in den nationalen Parlamenten nicht auch eigene Standards weiterentwickelt werden können. Ich sage das so ein bisschen umständlich, weil ich deutlich machen möchte, dass es beispielsweise in den skandinavischen Ländern kollektive Absprachen gibt, auch in Sachen Mindestlohn, Tariftreue und so weiter, die hier bei uns über Gesetze geregelt werden. Es ist wichtig, dass die Tarifpartner und Sozialpartner gestärkt werden. Das wird letztlich auch für die Europäische Union von Nutzen sein. Aber so lange es das noch nicht gibt, müssen auf jeden Fall soziale Standards in der EU festgelegt werden.

Zu dem letzten Punkt, Information: Richtig, man braucht Informationen. Aber in erster Linie brauchen wir bei den Menschen die Einsicht, was sie selbst mitgestalten können, wie sie also Einfluss auf das nehmen können, was auf europäischer Ebene geschieht. Wie kann man diese Abstände in den Köpfen der Menschen reduzieren und wie können wir deutlich machen, dass wir hier in Schleswig-Holstein, in der Bundesrepublik Deutschland, in Dänemark und anderswo, auch Einflussmöglichkeiten und Mitgestaltungsmöglichkeiten haben?

Die allerletzte Bemerkung: Dänemark und Irland nutzen die von der Europäischen Union initiierte Denkpause. Die meisten anderen EU-Länder nutzen sie dagegen als eine Pause vom Denken. Aber in diesen beiden Ländern hat man eigene Projekte initiiert. Die schon einmal genannte Bürgeranhörung nördlich der Grenze, die dazu führte, dass sich rund 400 Menschen in Odense zu einer großen Anhörung trafen, an der Politiker und Experten teilnahmen, wo man in Arbeitsgruppen anhand von konkreten Fragen diskutierte und im Plenum diese Fragen dann zusammenfasste und dem Europaausschuss des Parlaments mit als Arbeitsgrundlage auf den Weg gab, ist auch ein Weg, um deutlich zu machen, wie Menschen eingebunden werden können. Das war jedenfalls ein großer Erfolg. Es gibt dazu auch eine Dokumentation, die man anfordern kann. Ich denke, das ist etwas, was weiter reicht als einfach zu sagen, jetzt muss noch einmal mehr im Unterricht etwas über die Struktur der EU erzählt werden.

(Beifall)

Rolf Fischer, SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Ich möchte meine Antwort zur Minderheitenfrage noch einmal etwas ergänzen. Ich glaube, wir könnten nicht damit leben, dass sich Brüssel das Thema zu eigen macht und dann den nationalen Parlamenten sagen soll, was sie an Minderheitenpolitik machen sollen. Ich stelle das einfach noch einmal für mich richtig, damit ich nicht missverstanden werde. Ich glaube, die nationalen Parlamente müssen zunächst einmal ihre Hausaufgaben machen, nämlich eine Debatte über Minderheiten- und Mehrheitenrechte führen. Das gilt gerade für Griechenland und Frankreich - ich hatte diese beiden Beispiele schon genannt. Da spielt das bisher überhaupt keine Rolle.

Es muss also einen Prozess geben, der von unten nach oben geht. Dass die Minderheitenpolitik europäische Dimension angenommen hat, ist nicht zuletzt ein Verdienst Schleswig-Holsteins,

weil wir mit unserem Minderheitenmodell - ob man das nun Vorbild oder Prototyp nennt - zumindest europaweit Zeichen gesetzt haben. Da ist die europäische Dimension ja schon drin. Das ist ein Modell, das wir anderen Ländern anbieten können, um die auch bei ihnen auftauchenden Probleme zu regeln. Das Ganze ist also ein Prozess von unten nach oben, bei gleichzeitigen Verpflichtungen Europas, sich um die Minderheitenpolitik zu kümmern. Ein Satz dazu: Ich hätte es übrigens begrüßt - das ist eine Kritik an der Grundrechtecharta -, wenn Schutz und Förderung auch mit aufgenommen worden wäre. Die stehen da so explizit nicht drin. Insofern ist also auch auf europäischer Ebene noch ein bisschen nachzubessern.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber die Gleichheit der Menschen steht drin!)

- Schutz und Förderung von Minderheiten steht da so nicht drin wie bei uns in der Landesverfassung. Das muss das Ziel sein, sonst begeben wir uns in die Hände von Juristen - die Juristen sind ganz tüchtige Menschen - und der Prozess wird noch länger dauern. Aber es steht so definitiv nicht im Verfassungstext.

Mein zweiter Punkt, zur sozialen Frage, der Frage von Herrn Landeck zur Arbeitsmarktpolitik: Ich sehe mich natürlich sofort provoziert, das ist bei mir angekommen. Tariftreue, Entsendegesetz, Dienstleistungsrichtlinie, Portpackage, Streikrecht, Gewerkschaftsgründung - all das, was jetzt sozusagen drinsteht, sind Dinge, die wir versucht haben, aus Überzeugung heraus, auf die europäische Ebene zu transportieren, dass man das letztlich nur auf europäischer Ebene lösen kann. Wir müssen uns an dieser Stelle ein bisschen mehr mit der Verfassung, mit der Situation der einzelnen Länder befassen. Es ist zu kurz gegriffen, hier nur zu sagen - entschuldigen Sie, Herr Matthiessen -: Ich bin für Normierung. Das ist doch gerade das Problem. Das wollen viele Nationalstaaten gar nicht. Viele Systeme sind völlig unterschiedlich. Wenn es so einfach wäre, dann hätten wir das relativ schnell gelöst. Aber so leicht ist es nicht. Es berührt existenzielle Bereiche in den einzelnen Nationalstaaten, wie eine solche - letztlich auch von mir angestrebte - Normierung aussehen soll. Das macht den Prozess so schwierig. Denn die Situation ist sehr unterschiedlich. Vorhin habe ich an dieser Stelle - denke ich - gesagt, dass das eine weiterführende nationale Aufgabe in Europa ist, aber gleichzeitig auch eine Aufgabe von Gewerkschaften, von Kirchen und anderen, die nicht die Arbeit der

Politik machen sollen, sondern die in ihren europäischen Gremien Druck machen müssen, damit wir so etwas auch gegen die divergierenden Interessen der nationalen Parlamente formulieren können. So habe ich das vorhin gesagt.

Neue Grundrechtecharta: Es ist im Kern keine neue Grundrechtecharta - das habe ich vorhin auch nicht so gesagt -, sondern sie ist geteilt worden. Es gibt jetzt mehrere Pakete, die früher alle unter der Überschrift Verfassungsvertrag zusammengepackt waren. Die Grundrechtecharta ist rechtsverbindlich. Ich denke, damit ist sie - trotz der Punkte, die ich daran zu kritisieren habe - zumindest eine gute Grundlage. Das ist die Situation. Ob man in diesem Zusammenhang Zwangsarbeit nennen soll und das mit den Ein-Euro-Jobs in Verbindung bringen sollte, ist fraglich. Ich möchte ein bisschen dafür werben, den Begriff doch historisch zu verstehen. Da ist er etwas anders besetzt und er ist auch aktuell anders besetzt. Das ist eine Diskussion, die vielleicht in eine etwas andere Richtung geht.

Zum Thema Türkei. Ich teile die Auffassung: Wenn die Kriterien erfüllt werden, dann kann man nichts dagegen haben, dann darf man das auch nicht. Die Beitrittsverhandlungen laufen. Ob und wann es soweit sein wird, wird man sehen. Wer Menschenrechte, wer Minderheitenrechte in der Türkei möchte, kann sich leicht ausrechnen, dass man in einer Beitrittsphase viel unproblematischer auf ein Land einwirken kann als außerhalb. Dann wäre das nämlich eine Einmischung in innere Angelegenheiten. Aber so hat die EU, das Parlament, ein sehr weises Abkommen getroffen, das nämlich regelmäßig, kontinuierlich geprüft wird, wie der demokratische, der ökologische Fortschritt vonstatten geht. Sollte es so sein, dass tatsächlich erhebliche Bedenken kommen, hat die EU sogar einseitig das Recht, diese Verhandlungen abubrechen.

Ich finde, das ist ein guter Prozess, der zumindest die Möglichkeit offen lässt, dass es irgendwann so weit kommen kann, dass die Kriterien erfüllt werden, vielleicht aber auch nicht. Ich weiß nicht, ob wir das irgendwann noch erleben werden.

Zum Schluss: Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren - entschuldigen Sie, wenn ich das hier so offen sage; aber wir sitzen hier ja nicht nur, um uns Selbstverständlichkeiten zu sagen -, wir sind nach diesem Brüsseler Gipfel an einer Stelle, die wir in ihrer Dramatik noch gar nicht so richtig einschätzen können. Es beginnt wieder ein neuer Ratifizierungsprozess. Es ist gar nicht sicher, dass Frankreich, die Niederlande,

Polen oder Großbritannien, die ja schon bei der Grundrechtecharta eine Extra-Position eingenommen haben, diesen Ratifizierungsprozess bis 2009 erfolgreich abgeschlossen haben werden. Weil das nicht so ist, weil es auch noch ganz anders enden kann, würde ich mich freuen, wenn zumindest was die Vermittlung von europäischen Inhalten angeht, was die Motivation für Europa angeht, eine solche Veranstaltung, wie wir sie heute hier haben, dazu beiträgt, in den kommenden Monaten und eineinhalb Jahren bis 2009 sehr engagiert über Europa zu diskutieren und sich sehr engagiert für Europa einzusetzen.

(Beifall)

Hartmut Hamerich, CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Herr Abgeordneter Ritzek ist der eigentliche europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Er ist ein Mensch, der Europa wirklich lebt, was ich immer wieder anerkenne. Das hätte aber auch dazu führen können, dass die Veranstaltung heute eine Stunde länger gedauert hätte. Nichtsdestotrotz schätze ich seinen Einsatz, was Europa anbetrifft. Auch wenn Herr Hansen nicht mehr da ist, möchte ich gleich auf das Erste eingehen: Manfred Ritzek sagt, das Wichtigste an Europa ist, dass wir noch nie so lange wie jetzt in Frieden und Freiheit gelebt haben. So eine Epoche haben wir noch nie gehabt und da hat er eindeutig Recht.

(Beifall)

Das funktioniert auch nur, weil wir versuchen, mit Minderheiten vernünftig umzugehen. Das gilt nicht für alle Länder Europas, aber ich glaube, wir in Schleswig-Holstein leben das richtig und vernünftig vor. Herr Hansen hat Malta angesprochen und das Verhältnis von 600.000 Maltesern und 600.000 Ungarn, die in Tschechien leben. Viele von Ihnen wissen auch, dass sich die Malteser in europäisch- und afrikanisch-stämmige Malteser einteilen lassen, die auch noch unterschiedliche Sprachen sprechen. Englisch ist eigentlich die Landessprache, aber das Maltesisch, das dort ebenfalls gesprochen wird, wird von keinem der Engländer dort gesprochen, es sei denn, sie sind schon länger da. So gesehen hätte Malta auch ein Minderheitenproblem, auch schon bei 600.000. Es wird nur funktionieren, in Frieden und Freiheit leben zu können, wenn wir auch die Minderheiten am europäischen Prozess entsprechend beteiligen, auch mit allen Rechten.

Herr Hildebrand und Herr Nielsen, ich glaube, Ihre Anmerkungen und Fragen kann man zusammenfassen, weil es in erster Linie darauf

abzielt, politische Bildung, Information über Europa und Informationen über Programme - den Fragenkatalog 8 - auf einen Nenner zu bringen. Ich glaube, dass wir als Land Schleswig-Holstein relativ gut davor sind. Wir haben zum ersten Mal seit langer Zeit einen dafür zuständigen Europa-minister und es fällt mir als CDU-Mann nicht schwer, diesen SPD-Minister zu loben. Der lebt auch Europa und sorgt dafür, dass diese europäische Politik bei uns im Landtag wieder mehr stattfindet. Dafür bin ich ihm auch recht dankbar.

(Beifall)

Nichtsdestotrotz haben wir auch in dem Bereich einige Defizite. Ich habe genau wie Frau Höfs und alle anderen Europaabgeordneten bei uns aus dem Parlament ein Schreiben bekommen, in dem sich ein in Schleswig-Holstein lebender Engländer - Herr Walker - beschwert. Herr Ruge, ich bin in einer ähnlichen Situation. Meine Frau ist Engländerin und sie darf mich bei einer Kommunalwahl wählen - ob sie es tut, weiß ich nicht, wir haben ja geheime Wahlen. Sie darf Reimer Böge bei der Europawahl wählen, was ich hoffe, auf jeden Fall darf sie zur Wahl gehen. Sie darf aber weder bei der Landtags-, noch bei der Bundestagswahl wählen. Die Krone ist, dass ich alle zehn Jahre in der zuständigen Kreisstadt ihre Aufenthaltserlaubnis verlängern muss. Ich mache das meistens für sie. Sie ist britische Europäerin und sagt, dass sie nicht einsieht, warum sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen muss. Unser Sohn hat die englische und die deutsche Staatsbürgerschaft durch seine Geburt automatisch. Es kann nicht angehen, dass jemand 15, 20 oder sogar 30 Jahre in Deutschland lebt, sagt, dass er die Staatsbürgerschaft nicht haben will, aber gleichzeitig das Landesparlament nicht wählen darf. Im Heimatland dürfen sie auch nicht mehr wählen, weil sie seit 15 Jahren nicht mehr gewählt haben. Da gibt es einige Defizite, die wir aufarbeiten müssen.

Herr Nielsen, ich glaube, wir müssen Europa leben und wir müssen das, was wir leben, mehr nach draußen projizieren. Wir müssen die Leute mehr mitnehmen. Dann könnte es vielleicht funktionieren. Wenn wir ein bisschen mehr in politische Bildung investieren - da gebe ich Ihnen ohne Frage Recht - sind wir besser davor. Aber ich glaube, wir haben noch ein Defizit aufzuarbeiten. Es gibt noch einige andere Fächer, in denen wir Ausfallzeiten - teilweise schon in den Grundschulen beginnend - im Bereich des Bildungsangebots auffangen müssen. Aber wir müssen natürlich auch den Bereich der politischen Bildung mehr in die Schulen tragen.

Herr Landeck, ich hätte Ihnen gerne geantwortet, aber mein Koalitionspartner, mein Freund Rolf Fischer, hat mir dieses Thema der Arbeitnehmerschaft als CDU-Politiker weggenommen. Damit kann ich aber leben.

(Abg. Rolf Fischer: Dafür hast du den Europaminister gelobt!)

Herr Baumann, für meine Fraktion sage ich Ihnen: In Anbetracht der bisherigen Erkenntnisse würden wir einem Beitritt der Türkei zur EU nicht zustimmen wollen, und zwar unter verschiedenen Gesichtspunkten nicht. Wenn ich sehe, dass es einen Strafrechtsparagrafen im türkischen Strafrecht gibt, der sich mit der Beleidigung gegen das Türkentum befasst, dann sage ich Ihnen, dass viele deutsche Journalisten in der Türkei nicht mehr leben würden. Ich kann mit Kritik leben und bemängeln es daher nicht, aber so wie Journalisten im westlichen Europa mit Politik und auch Verwaltung umgehen, würden sie es in der Türkei nicht lange überleben. Für mich ist die hiesige Situation in Ordnung, wir haben freies Journalistentum. Aber in der Türkei würden die Journalisten inhaftiert oder einfach nicht mehr leben.

Wenn ich mir darüber hinaus vorstelle, wie sehr sich in der Türkei das Militär direkt oder indirekt in Wahlen - Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen - einmischt, dann sind das Dinge, mit denen ich nicht leben kann. So lange das nicht behoben ist, bin ich mit der Bundeskanzlerin einer Meinung: Privilegierte Partnerschaft ja, Mitgliedschaft nein! Wenn es andere Kriterien gibt, können wir neu darüber nachdenken und ich gebe meinen Vorrednern Recht: Wir haben sicherlich über die Modalität der Beitrittsverhandlung die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Wenn wir eine Beitrittsverhandlung generell ablehnen würden, wäre das Kind total in den Brunnen gefallen, dann könnten wir gar nichts mehr regeln. Aber dadurch, dass die Beitrittsverhandlungen laufen, haben wir eine Chance, darauf einzuwirken. Aber erst wenn die Türkei ihre Hausaufgaben gemacht hat, können wir neu reden.

Astrid Höfs, Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Wir haben die Antworten alle gehört. Ich denke, wir haben heute ein gutes Beispiel für Bürgerbeteiligung erlebt. Ich danke Ihnen allen ganz herzlich für die Beiträge, die Sie geleistet haben und allen Teilnehmern, die geantwortet haben. Ich danke Herrn Bonvini und den Vertretern der Europa-Union ganz herzlich. Ich danke auch den Schülerinnen und Schülern der Hebbelschule

ganz herzlich für ihren Beitrag. Ich glaube, dass Europa bei uns mittendrin ist.

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Herbst das Wort, der ein Schlussresumee ziehen wird.

Niclas Herbst, Stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Meine Damen und Herren, wenn wir eins auch von Herrn Bonvini gelernt haben, der sich elf Mal beworben hat, um dort arbeiten zu können, wo er es jetzt mit viel Elan tut, sehen wir, dass man auch etwas Durchhaltevermögen für Europa braucht. Das haben Sie gezeigt und das haben viele von Ihnen auch gezeigt. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich. Die eine oder andere Organisation, die sich heute kritisch geäußert hat, ist schon gegangen. Das ist nun mal so. Nicht alle haben das Durchhaltevermögen, um bis zum Ende zu bleiben. Ich bedanke mich bei denen, die es bis zum Ende geschafft haben.

Im Grunde ist eine solche Bürgeranhörung zwar ein Novum, wie Anke Spoorendonk richtig gesagt hat, aber nichts Besonderes. Wir wollen als Landtag ein offenes Haus sein, wir wollen für Sie da sein und Ihre Anregungen aufnehmen. Ich bitte Sie, die Bürgeranhörung in diesem Sinne zu verstehen. Das gilt sicherlich auch für die Europa-Union, die immer als Ansprechpartner für Sie da sein möchte. Ich bin heute in die Europa-Union eingetreten.

(Beifall)

Ich wollte das schon länger, seit über einem Jahr, aber irgendetwas hat immer nicht funktioniert. Herr Ruge hat mich gebeten, noch einmal zu erwähnen, dass ich heute eingetreten bin. Ich glaube, er wollte das auch als Hinweis darauf verstanden wissen, dass auch alle anderen das machen können. Mehr Werbung muss ich für Sie nicht machen, das machen Sie dann sicherlich selber.

(Heiterkeit)

Wenn wir die Ergebnisse der heutigen Bürgeranhörung zusammenfassen wollten, bräuchten wir sicherlich noch einmal mindestens eine Stunde, um die wesentlichen Merkmale herauszuarbeiten. Ich will den Versuch unternehmen, noch einmal den einen oder anderen roten Faden der Diskussion ins Gedächtnis zu rufen. Immer wiederkehrende Punkte waren die Europakennnisse und die politische Bildung. Da rennen Sie bei uns Parlamentariern offene Türen ein. Unsere Arbeit wäre sicherlich leichter, wenn die politische Bildung einen höheren Stellenwert hätte. Ich möchte

aber auch zumindest provokativ in den Raum stellen, ob wir es uns nicht auch - gerade in Bezug auf Europa - etwas zu einfach machen. Wenn wir zu Hause sitzen und darauf warten, dass ein Europaabgeordneter bei uns vorbeikommt oder ein EU-Kommissar anruft und fragt, ob man nicht eine Frage zu Europa hätte, die er beantworten könne, wird man lange warten. Es gibt kaum eine Institution, die ihre Entscheidungswege und Strukturen so transparent darlegt und Möglichkeiten der politischen Bildung eröffnet wie die Europäische Union. Wenn Sie sich die Weblinks anschauen, die Herr Bonvini ausgelegt hat, bekommen Sie alle Informationen, die Sie brauchen. Wir dürfen es uns nicht zu einfach machen und immer alles auf die Mama aus Brüssel oder den Superstaat abschieben und warten, dass etwas passiert. Ich glaube, die Möglichkeiten, etwas über Europa zu erfahren, sind so groß wie nie. Dafür hat die Europäische Union auch ein Lob verdient.

Ein ganz wichtiger Punkt - das konnte auch in der Umfrage herausgearbeitet werden, ist Frieden und Freiheit. Mich hat etwas gewundert, dass der Punkt Außen- und Sicherheitspolitik und unser Verhältnis zu anderen Kontinenten so eine geringe Rolle gespielt hat. Ich glaube nämlich, dass in diesem Bereich, den die Bürger als wichtigsten Bereich ansehen, auch die größten Defizite bestehen. Man könnte sich in weiteren Diskussionen damit beschäftigen, wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas aussehen sollte. In der Vergangenheit hat sich Europa, wenn wir zum Beispiel den Balkankonflikt, also einen innereuropäischen Konflikt, betrachten, nicht mit Ruhm bekleckert.

Es ist gesagt worden, dass uns Europa Frieden und Freiheit gebracht hat. Das ist richtig und das ist auch etwas, was man immer wieder betonen kann. Ich stelle aber auch fest, dass das über die Generationen hinweg anders bewertet wird. Diejenigen, die die Erbfeindschaft mit Frankreich zumindest im Ausklang erlebt haben, haben natürlich eine ganz andere Beziehung zur deutsch-französischen Freundschaft als ein heute 17- oder 18-Jähriger, für den es Normalität ist. Wenn Sie mit einem 17- oder 18-Jährigen reden, der sich jetzt Gedanken macht, was er bei der nächsten Europawahl in anderthalb Jahren wählen soll, werden sie ihn mit dem Argument, dass wir Frieden mit Frankreich haben, nicht wirklich bewegen können. Für ihn ist es Normalität. Wir müssen uns darauf einstellen, die Generationen unterschiedlich anzusprechen. Herr Bonvini hat auch richtig gesagt, dass wir „zu erfolgreich“ waren. Natürlich war Europa nicht zu erfolg-

reich, aber dieser Erfolg Europas weckt natürlich auch neue Begehrlichkeiten.

Andere Themen, die angesprochen wurden, waren zum Beispiel die Agrarsubventionen gerade im Verhältnis zur sogenannten Dritten Welt. Das wird auch weiterhin ein großes Thema sein.

Das Thema Minderheiten hat breiten Raum eingenommen. Wir sind uns einig, dass es auch eine europäische Dimension dieser Problematik gibt. Wir beschäftigen uns im Europaausschuss sehr intensiv mit dieser Thematik. Ich glaube, dass es kein Zufall ist, dass viele Besucher dieser Bürgeranhörung aus nördlichen Landesteilen kommen. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass so etwas funktionieren und politisches Interesse nicht nur wecken, sondern auch erhalten kann.

Gefreut habe ich mich über den Hinweis, der mehrfach aus dem Publikum kam, dass es mehr Befugnisse - auch Kontrollbefugnisse - für das Europäische Parlament geben soll. Das freut uns als Parlamentarier, wird aber in der Umsetzung kein einfacher Punkt sein.

Insgesamt ist es ganz wichtig, dass wir konkret über Europa sprechen. Man hat, wenn es um die europäische Dimension von Problemen geht, manchmal den Eindruck, dass es zu unkonkret ist. Wenn es darum geht, über Europa zu diskutieren, möchte ich Sie bitten, auch in Ihrem Bekanntenkreis möglichst konkret an das Thema heranzugehen. Es ist in Deutschland ohnehin so, dass es ganz einfach ist, etwas zu kritisieren. Das ist auch nicht schwer. Ich könnte Ihnen aus dem Stehgreif 50 oder 100 Punkte aufzählen, die mir in Deutschland oder in Europa nicht gefallen. Das Problem ist nur, dass ich nicht 50 oder 100 Antworten habe, wie es besser gemacht wird. Das ist der Unterschied zwischen Stammischpolitik und dem, was an ernsthafte europäischer Politik geleistet werden muss. Es ist leicht zu sagen, dass Europa gerechter und sozialer werden muss. Wirklich in Diskussionen einzusteigen, über Sozialstandards zu reden und darüber, ob wir das mit allen Vor- und Nachteilen wollen, ist dagegen wirklich harte politische Arbeit. Dinge auch konkret umzusetzen ist nicht nur harte politische Arbeit, das ist auch harte

Verwaltungsarbeit. Das muss man im Zusammenhang mit Europa immer wieder sagen.

Ich glaube, dass wir es uns mit Europa nicht einfach machen dürfen. Interessant ist, dass sich viele Kritiken widersprechen. Das ist auch das Privileg des Kritisierenden. Wenn man einerseits hört, dass Deutschland viel zu kleinteilig organisiert sei und sich der Föderalismus schon längst überlebt habe - gerade in Europa -, und darauf achtet, wer diese Position vertritt, stellt man fest, dass es oftmals die gleichen Leute sind, die zwei Atemzüge später sagen, dass Brüssel eigentlich viel zu weit weg ist und wir kleinere Entscheidungsstrukturen und mehr Subsidiarität bräuchten. Solche Widersprüche aufzudecken ist der Weg, um mehr Akzeptanz für Europa und für die Europäische Union, wie wir sie uns vorstellen, zu wecken.

Ganz interessant ist es auch, wenn wir komplizierte politische Dinge auf einfache Grundfragen herunterbrechen und sie mit unserem persönlichen Leben in Zusammenhang bringen. Eine alte Weisheit besagt, dass man eigentlich immer erst dann etwas zu schätzen weiß, wenn man es verloren hat. Ich denke, dass es in Europa nicht so weit kommen sollte.

Ich wünsche Ihnen viel Glück und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, die Sie vor sich haben, nämlich in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für Europa und für europäische Ideen zu werben, sich ruhig auch zu streiten und dafür zu sorgen, dass die Diskussion am Leben bleibt. Sie bleibt nur am Leben, wenn sie breit in der Bevölkerung stattfindet. Ich glaube, man kann da noch etwas machen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und darf Sie jetzt - und das ist eine glückliche Situation, weil es auf jeden Fall Applaus gibt - zu Kaffee und Kuchen einladen. Das zahlt das Haus. Wichtig ist, dass wir ins Gespräch kommen. Herr Ruge hat auch noch einige Eintrittsformulare dabei. Wir sehen uns draußen bei Kaffee und Kuchen.

(Beifall)

Schluss: 17:17 Uhr

Anlage

Umfrageergebnisse

Fragenkatalog der Europa-Union Schleswig-Holstein für die
EU-Bürgeranhörung zur Zukunft der Europäischen Union im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
(Bearbeitung: Susan Baumgart)



Anlage
„Allgemeine
Daten“



Allgemeine Daten

- Anzahl der Befragten: 727
- Frauen: 338
- Männer: 376
- 4 Altersgruppen: < 20, 20-26, 27-65, >65
- Durchschnittsalter: 36,64

2

Anlage:
Seite 3

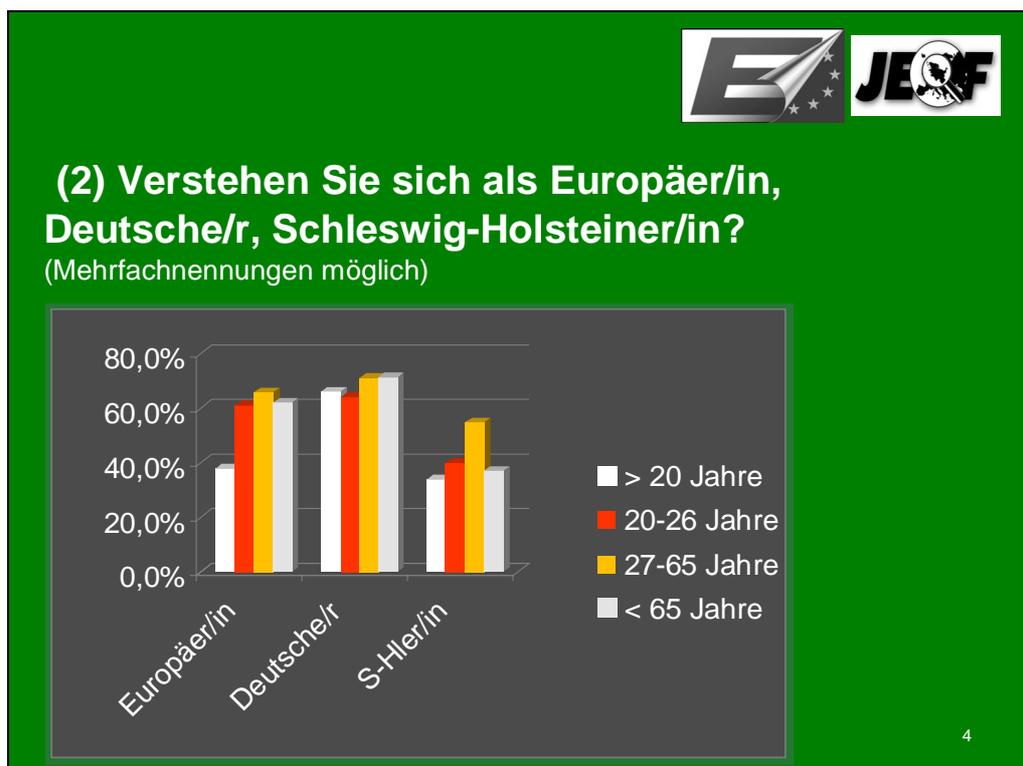


(1) Wo spüren Sie den europäischen Einfluss in Ihrem täglichen Leben am Stärksten? (Mehrfachnennungen möglich)

Einflüsse durch	< 20 Jahre	20-26 Jahre	27-65 Jahre	> 65 Jahre
Euro	1	1	1	1
Medien	2	2	3	3
Warenangebot	5	6	2	2
Arbeitskräfte	3	4	5	4
Urlauber	4	5	6	5
Bürokratie	8	7	4	6
Europaschulen	6	8	8	8
Veranstaltungen	7	3	7	7

3

Anlage:
Seite 4



Anlage:
Seite 5

(3) Wo sehen Sie vorrangig gemeinsame Interessen der EU-Bürger? (Mehrfachnennungen möglich)

Gemeinsame Interessen	< 20 Jahre	20-26 Jahre	27-65 Jahre	> 65 Jahre
Frieden/Freiheit	1	1	1	1
Umweltschutz/Klimapolitik	2	2	2	2
Wirtschafts-/Währungspolitik	3	3	3	3
Außen-/Sicherheitspolitik	4	4	4	4
Arbeitsmarkt-/Sozialpolitik	5	6	6	6
Energieversorgung	6	5	5	5

5

Anlage:
Seite 6



(4) Kennen Sie Projekte/Programme, die mit EU-Fördergeldern unterstützt wurden?

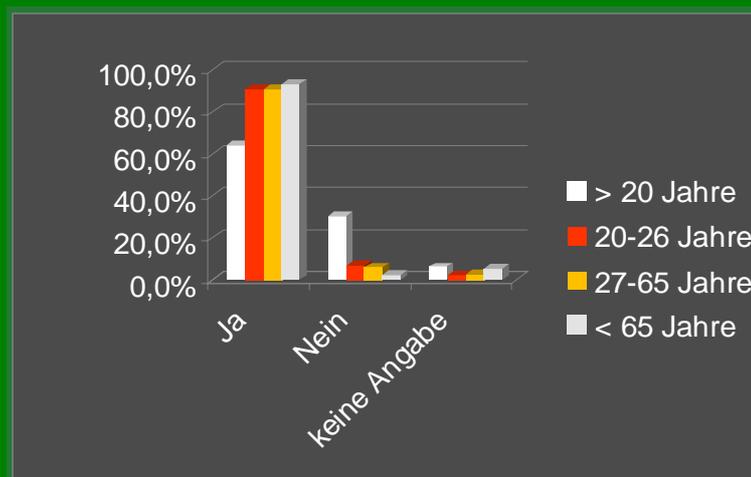
- Kenntnis von Projekten/Programmen nur bei ca. 50 %
- Größtenteils nur allgemeine Themen, Begriffe
- Relativ wenige (konkrete) Projekte
- Bei konkreten Beispielen nur circa die Hälfte innerhalb Schleswig-Holsteins
- Kenntnisse bzgl. der Programme je nach eigenem beruflichen Umfeld

6

Anlage:
Seite 7



(5) 2009 sind Wahlen zum Europäischen Parlament. Werden Sie zur Wahl gehen?



7

Anlage:
Seite 8



(6) Deutschland hat am 1. Januar 2007 für sechs Monate die Präsidentschaft der EU übernommen. Welche Themen stehen für Sie dabei im Vordergrund?

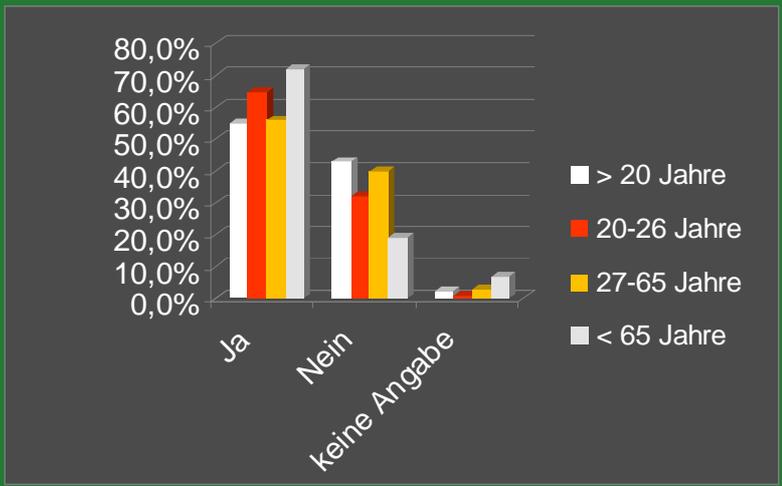
TOP 4 der Themen	< 20 Jahre	20-26 Jahre	27-65 Jahre	> 65 Jahre
Energie- und Klimaschutz	1	1	1	1
EU-Verfassung	2	2	2	2
Bürokratieabbau	3	3	3	3
50. Jahrestag Römische Verträge	4	4	4	4

8

Anlage:
Seite 9



(7) Fühlen Sie sich hinreichend über Europa informiert?



Kategorie	> 20 Jahre	20-26 Jahre	27-65 Jahre	< 65 Jahre
Ja	~58%	~68%	~60%	~75%
Nein	~45%	~35%	~42%	~22%
keine Angabe	~5%	~3%	~5%	~10%

9

Anlage:
Seite 10



(8) Sonstige Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge

Zusammenfassung der Kommentare:

- Bürgernähe schaffen und Informationen verbessern.
- Bürokratie abbauen und effizienter machen.
- Möglicher Beitritt der Türkei: Diskussion durch alle Altersgruppen hindurch kontrovers
- Zukunft der EU (Verfassung, Alternative) ebenso kontrovers
- Altersgruppe bis 20 Jahre: Information durch und in Schule verbessern